

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

**Inseratenpreise:** Die Wagnerspalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorteil 40 Pf. Stellenangebote 10 gels. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10 gels. Kolonelle mit 50 Pf. Nachsch. Reklamezeile 2 M. Inzerate v. ausw.: die 10 gels. Kolonelle 40 Pf. bei Platzvorteil, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

## Blutiger Wahlkampf bei Hamburg

### Straßenkampf zwischen Rot Front und Reichsbanner

Ein Toter, 12 Schwerverwundete, über 100 Leichtverletzte

In Geesthacht bei Hamburg sollten am Sonntag die Wahlen zur Stadtvertretung stattfinden. Diese mußten jedoch infolge blutiger Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten vorzeitig abgebrochen werden. Ueber die folgenschweren Zusammenstöße liegen folgende Meldungen vor:

RTB Hamburg, 30. September.

Anlässlich der Kommunalwahlen in Geesthacht hatten sich dort etwa 1000 Reichsbannerleute und ebenso viele Rotfrontkämpfer eingefunden, zwischen denen es schon in den Mittagsstunden zu schweren Zusammenstößen gekommen war. In den Nachmittagsstunden wiederholten sich diese Zusammenstöße, wobei auch von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde. Eine Person wurde getötet. Außerdem ist eine ganze Reihe schwer und noch mehr leicht verletzt worden. Die Verletzten wurden nach den Krankenhäusern in Bergedorf und Hamburg abtransportiert. Man spricht von etwa einem Dutzend Schwerverletzten und weit über 100 Leichtverletzten. Die Polizei ist noch mit der Klärung der Schuldfrage beschäftigt.

RTB Geesthacht, 30. September.

In einem polizeilichen Bericht heißt es: Gegen 12,30 Uhr entstand vor dem Wahllokal von Petersen zwischen Mitgliedern des Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes eine Schlägerei, bei der 2 Personen schwer und etwa 20 leicht verletzt wurden. Die Wahlhandlung wurde bei Petersen auf Veranlassung des Wahlvorstandes auf kurze Zeit unterbrochen. Die Ruhe wurde schnell wiederhergestellt. Zwischen 15 und 16 Uhr

entstand eine weitere Schlägerei am oberen Teil der Hegebergstraße. Hier fielen auf Seiten der Räumenden Schüsse. Ein Angehöriger des Roten Frontkämpferbundes erhielt tödliche Verletzungen. Durch Hieb- und Stichwunden wurden 6 Personen schwer, etwa 50 leicht verletzt. Den Bemühungen der Hamburger Polizei gelang es, die Streitenden zu trennen und die Ruhe wiederherzustellen. Die Wahlhandlung wurde dann seitens des Wahlvorstandes zwischen 17 und 18 Uhr abgebrochen.

### Auch in Berlin Zusammenstöße

III Berlin, 30. September.

Unter dem Geleitwort „Gegen Dawes-Plan und Dawes-Schmach“ veranstalteten die Nationalsozialisten Berlins und der Provinz Brandenburg am Sonntag einen Protestzug durch die westlichen Vororte Berlins und eine Massenversammlung im Sportpalast, bei der u. a. Lüne und Reventlow sprachen. Während der Kundgebung im Sportpalast, an der einschließlich der Mitglieder der Sportabteilungen 10 000 Personen teilnahmen, sollen vor dem Sportpalast ungefähr 20 Personen verletzt worden sein. Eine genaue Darstellung der Vorgänge ist noch nicht möglich. Es wird von nationalsozialistischer Seite behauptet, daß die Kommunisten abmarschierende Abteilungen angegriffen hätten, ohne daß die Polizei eingegriffen sei. Darauf habe die Polizei Schüsse abgegeben. Nebenfalls wurden etwa 12 Nationalsozialisten verletzt in den Sportpalast zurückgebracht. Eine Sanitätsstelle mit mehreren Verletzten ist im Augenblick dabei, die Verletzten zu versorgen. Bei kleineren Zwischenfällen auf dem Amarsch zum Sportpalast sind auf Seiten der Nationalsozialisten einige Verletzte zu beklagen.

Das Polizeipräsidium teilt auf Anfrage mit, daß im Zusammenhang mit den Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Rotfrontkämpfern vor dem Sportpalast insgesamt 80 Zwangsverhaftungen vorgenommen sind. Von Verletzungen einer Anzahl der an diesen Zusammenstößen Beteiligten ist dem Polizeipräsidium nichts bekannt.

### Degepistel Millerands

III Paris, 1. Oktober.

Der frühere Staatspräsident Millerand sprach auf dem Parteitag des Provinzverbandes der Republikanischen Partei von Puy-de-Dome über die französische Außenpolitik. Er erklärte, Frankreich habe zugestimmt, über den vorzeitigen Verzicht auf die Rheinlandbesetzung zu verhandeln. In Deutschland und selbst in Frankreich werde mit überraschender Hartnäckigkeit eine Kampagne geführt, die dahin strebe, aus dem Versailler Vertrag den Artikel 231 auszumerzen und den Ansehluß Oesterreichs an Deutschland zu verwirklichen. Wenn der Locarnovertrag die erneute Zustimmung Deutschlands zu den ihm durch den Frieden auferlegten Grenzen enthalte, so enthalte er aber nichts dergleichen bezüglich seiner Obergrenzen. Wenn nach Ablauf der vorgeschriebenen 15 Jahre die Garantien gegen einen nicht provozierten Angriff Deutschlands von den alliierten und assoziierten Regierung nicht für hinreichend erachtet werden, könne nach Artikel 429 des Versailler Vertrages der Rückzug der Okkupationsstruppen hinausgeschoben werden, und nicht nur die Sicherheit Frankreichs allein, sondern auch diejenige aller Signatäre des Versailler Vertrages, und besonders Polens und der Tschechoslowakei beste die Rheinlandbesetzung. An den Obergrenzen Deutschlands schwele augenblicklich ein Feuer, das die ganze Welt in Brand zu setzen drohe.

### Eine Rede Dr. Curtius'

„Kristallisationspunkt einer starken Mittelpartei“

RTB Eisenach, 30. September.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius sprach gestern in einer geschlossenen Versammlung vor Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, die zur Teilnahme an der Tagung der mitteldeutschen Industrie in Eisenach weilten. Dr. Curtius ging in seinen Ausführungen auf die aktuellen politischen Fragen ein und zeichnete den Parteifreunden in vertraulichen Ausführungen das Bild unserer außen- und innenpolitischen Situation. Das stärkste Interesse fanden die Worte, die er den Genfer Verhandlungen und insbesondere der kommenden Regelung der Räumungs- und Reparationsfragen widmete. Der Minister rechtfertigte die Außenpolitik Stresemanns. Die politische Aufgabe der Deutschen Volkspartei bestehe darin, sich zum Kristallisationspunkt einer starken bürgerlichen Mittelpartei auszubauen.

Nach kurzen Schlussworten des Versammlungsleiters wurde einstimmig die Abstufung eines Begrüßungstelegramms an Dr. Stresemann beschlossen.

### Venizelos in London

III London, 1. Oktober.

Ministerpräsident Venizelos ist Sonntag, um 19 Uhr, in London eingetroffen. Für Montag ist eine Zusammenkunft mit Lord Cushingden vereinbart.

### Stahlhelm-Volkentscheid

Der letzte Rettungsanker für die Deutschnationalen

„In der Tat ist ja der Weg der unmittelbaren Volksbefragung ein urdemokratischer, und ein Konservativer mag sich nur schwer mit dieser Massenbefragung abfinden können.“

So heißt es in einer politischen Wochenbetrachtung, die die Kreuzzeitung, das Blatt mit der Devise „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ am Sonnabend brachte. Die Deutschnationalen haben sich von den Schlägen noch immer nicht erholt, die ihnen bei den Wahlen vom 20. Mai wuchtig erteilt worden sind. Daß sie die Mehrheit noch niemals erlangen könnten, diese Hoffnung hat das Blatt Westarps endgültig aufgegeben. „Es müßte denn gerade das Unwahrscheinliche wahr werden, daß die nationalen Parteien einmal eine Volksmehrheit bei den Wahlen erreichen.“ So stellt die Kreuzzeitung resigniert und nüchtern fest. Sie hat also die Hoffnung aufgegeben, daß die Deutschnationalen noch einmal die Vormachtstellung einnehmen könnten, die ihnen in der wilhelminischen Ära zugewiesen war. Und daß auch eine Koalition mit den anderen bürgerlichen Parteien, also eine Wiederholung des Volkbürgerblocks, den Deutschnationalen wenig verheißend erscheint, dies ergibt sich aus den folgenden Feststellungen, die in dem gleichen Aufsatz der Kreuzzeitung zu finden sind:

„Es hat sich jedoch herausgestellt, daß auf dem Wege der Koalition, die mit Zugeständnissen an die heutige Staatsform verbunden ist, sich so gut wie nichts erreichen läßt, kaum, daß ein weiteres Abgleiten nach unten zu verhindern gewesen wäre.“

Also für die Wiederholung auch dieses Experimentes scheint bei den Deutschnationalen vorläufig wenig Neigung vorhanden zu sein. Sie denken noch mit Schrecken an die Keubell-Ära zurück, an die Richtlinien, die seinerzeit vom Zentrum aufgestellt und von den Deutschnationalen angenommen wurden, und die nach der Kreuzzeitung, nichts anderes als eine parteipolitische Zwangsarbeit waren, die jede „sachliche Arbeit“ unmöglich gemacht hätten. Darum die tiefe Enttäuschung bei der Wählerchaft im „nationalen“ Lager sowohl, als auch auf der anderen Seite, und weil mit den bisherigen Methoden nichts zu holen war, darum versucht man jetzt den Dreh vom Stahlhelm her zu gewinnen. Die Konservativen bedienen sich der „urdemokratischen“ Methode der Volksbefragung. Auf dem Wege der Demokratie versuchen nunmehr die reaktionärsten Finsterlinge des Reichs die Verfassung von Weimar auszuhöheln.

Das ist der Sinn des Volkentscheids, der vom Stahlhelm angeregt worden ist. Die Kreuzzeitung schaut neidisch auf die wilsten Reben hin, die im Lager der nationalen Bünde gehalten worden sind. Das sei eben der Vorteil dieser Organisationen, sie sind in der „Form des Kampfes“ weit ungebundener „als eine parlamentarische Partei“, und darauf legt, trotz aller Gegnerschaft zum Parlament, auch die Kreuzzeitung noch immer den entscheidenden Wert. Trotzdem begrüßt sie den Stahlhelm-Volkentscheid, obwohl heute noch niemand zu sagen vermag, welche Forderungen ihm zugrunde liegen werden. Wie schon dargestellt, ist Hugenberg der intellektuelle Urheber dieses Planes, und durch die Verjüngung des großen Preßstrukturs sind somit die Ziele des kommenden Volkentscheids enthüllt. Hugenberg erstrebt, wie sich bereits aus der Aktion der Claß-Butschisten mit aller Klarheit ergeben hat, eine Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten, also die Herbeiführung der Diktatur. Naturgemäß auf „legalem“ Wege. Das Ministerium für die Tage der Diktatur hatte Herr Hugenberg schon im Jahre 1926 proklamiert, und daß sein Unternehmen scheiterte, ist nicht zum wenigsten auf die Wachsamkeit der sozialdemokratischen Minister Preußens zurückzuführen.

Obwohl also bis zur Stunde niemand zu sagen vermag, welche Forderungen der Stahlhelm im einzelnen aufstellen will, so hat doch schon die nackte Ankündigung dieser Aktion in weiteren Kreisen des „nationalen Lagers“ größtes Entsetzen im Gefolge gehabt. Der Stahlhelm proklamierte vor wenigen Wochen in Finsterwalde seine bekannte Hahnbotschaft gegen die Republik, die in den Reihen der Deutschen Volkspartei stärkstes Entfremden geweckt hat. Das aber hat bei den Düsternberg und Selbde keinen Eindruck gemacht. Die Stahlhelmparaden, vor allem im Osten des Reichs, mehrten sich von Tag zu Tag. Am vergangenen Sonntag demonstrierte der pommerische Stahlhelm, mit den Bänden aus dem ostpreussischen Gebiet in Marienburg, der Ordensstadt, und charakteristischweise befindet sich seit einiger Zeit der Prinz August Wilhelm von Preußen im Gefolge des Magdeburger Selterwasserfabrikanten als prominenteste Person. Der Jungdeutsche teilt zwar mit, daß sich bei einer solchen Stahlhelmparade in Emden zwei Stahlhelmgruppen geweigert hätten, vor dem Prinzen vorüberzudefilieren, aber das dürften nur wenige Eingänger sein, die im Lager des Stahlhelms keine Bedeutung haben.

Die Deutschnationalen sind über diese Prinzenparaden natürlich hocherfreut, obgleich die deutschnationale Presse bereits etwas vorsichtiger ist. Wie schon oben aus der Kreuzzeitung zu ersehen war, ist sie ebenso „parlamentarisch“ angekränfelt. Anders aber ist es mit der Deutschen Volkspartei, der Vertreterin der deutschen Fertigungsindustrie, die festzustellen ver-

### Eine Sonntagsrede Poincarés

Reparationen und Sicherheit

RTB Paris, 30. September.

Ministerpräsident Poincaré hielt heute in Chambery anlässlich der Enthüllung eines Kriegerdenkmals eine Rede, in der er u. a. sagte, der Friedensvertrag von Frankfurt habe Frankreich ein Stück seines Freiheits abgerissen. Trotz dieser Bestimmung habe Frankreich bis zur letzten Stunde alles getan, um neue Konflikte zu verhüten. Als nach dem Kriege, der ohne seinen Willen ausbrach, Frankreich von allen das Recht zuerkannt wurde, seine Stimme vernehmen zu lassen, habe es sich darauf beschränkt, die Rückertattung dessen zu fordern, was man ihm genommen habe. Als im Ruhrgebiet der passive Widerstand aufhörte und Deutschland einwilligte, den Dawesplan ausarbeiten zu lassen, habe er, Poincaré, sich bereit, die Zustimmung Frankreichs zu dem neuen Zahlungsplan durchzusetzen. Auch bei den kürzlichen Besprechungen zwischen den Mächten und im Völkerbundrat sei Frankreich dem Geist internationaler Eintracht treu geblieben. Bei den kommenden Verhandlungen werde der brennende Wunsch nach allgemeiner Verständigung die Gedanken Frankreichs leiten. Frankreich wünsche, daß bei allen Völkern ein ebenso aufrichtiger und brennender Friedenswunsch vorhanden sei wie bei ihm selbst.

Auf die Sicherheitsfrage übergehend, erklärte Poincaré: Wie haben uns als erstes Land auf dem Weg der Abrüstung beigegeben, nicht nur in Washington und Genf, sondern auch in Paris, durch die Verringerung unserer Effektivebestände und durch die Herabsetzung der Militärdienstzeit. Dadurch haben wir ein Beispiel gegeben, das zur Genüge unsere bona fides bezeugt. Man wird jedoch begreifen, daß wir bei der Bewertung unserer Verteidigungsmittel gezwungen sind, den Angriffsmitteln Rechnung zu tragen, die andere durch ihre Räder, durch ihre auf militärische Vorbereitung eingestellten Verbände, durch die Stärke ihrer Bevölkerung und durch die gute Möglichkeit, ihre Industrie umzustellen, besitzen. Dergleichen sind wir, wenn man aufs neue das Reparationsproblem ins Auge fassen will, gezwungen, daran zu erinnern, daß eine Regelung, gleichviel welcher Art, gerechterweise selbst seitens unserer Schuldner außer der integralen Zahlung dessen, was wir unseren Gläubigern zahlen müssen, eine bestimmte Entschädigung für unsere Kriegsschäden garantieren muß. Wenn aber auch das in diesen beiden Punkten, Sicherheit und Reparation, gegebene Vorbild uns nicht gestattet, leichtfertig unsere Forderungen zu begeben, so beabsichtigen wir doch nicht, Verhandlungen zu eröffnen mit dem Hintergedanken, sie in die Länge zu ziehen oder sie zum Scheitern zu bringen. Weit davon entfernt! Wir werden sie im Gegenteil so früh wie möglich aufnehmen und sie in bereitwilligster Weise mit gutem Vertrauen auf das Endergebnis fortsetzen.

RTB Paris, 29. September.

Der in Marseille tagende Kongress der französischen Handelskammern der Mittelmeergegend hat sich einstimmig für beschleunigte Regulierung und Schiffbauherstellung der Rhône ausgesprochen und ein Aufforderung an Regierung und Parlament gerichtet, zur Beschleunigung und finanziellen Erleichterung dieses Planes die deutschen Sachlieferungen nubar zu machen.

# Macdonald flagt an

## Die Außenpolitik der Labour Party

SPD Birmingham, 30. September. (Radio.)

Dem Parteitag der Arbeiterpartei liegt eine von der Exekutive unterbreitete Resolution zur auswärtigen Politik vor, die dem Kongress von dem Führer der Partei, Ramsay Macdonald, zur Annahme empfohlen werden wird. Die Partei stellt darin mit tiefer Enttäuschung fest, daß die Achtung des Krieges von vielen Regierungen mit Vorbehalten begleitet worden wäre, als ob der Pakt selbst, das Bülsterbündnisstatut und das Locarnoabkommen überhaupt nicht zur Sicherheit der Welt beigetragen hätte. Ein großer Teil der Verantwortung für die gegenwärtigen Schwierigkeiten treffe die britische Regierung, die

1. einen so wichtigen Plan für die Organisierung des Weltfriedens wie den Genfer Pakt lassen gelassen habe,
2. die Bedeutung des Kellogg-Paktes durch ihre Vorbehalte verringert habe,
3. sich geweigert habe, die allgemeine Schiedsgerichtsankaufel zu unterzeichnen,
4. durch ihre Weigerung, die Rüstungsausgaben in Großbritannien zu verringern, den gegenwärtigen Zustand in den Abrüstungsverhandlungen herbeigeführt habe,
5. die Genfer Seandörflungskonferenz durch ihre Forderung, 70 Kreuzer bauen zu dürfen, zum Scheitern verurteilt habe.

Der Kongress fordert die Regierung auf, den von der Bülsterbündnisversammlung angenommenen allgemeinen Schiedsgerichtspakt ohne jegliche Einschränkungen anzunehmen.

Die Entschliebung erklärt hierauf, die bestehenden Verhältnisse rechtsergütigen eine sofortige energische Herabsetzung aller

Arten von Bewaffnung, wobei betont wird, daß ein Abrüstungsvertrag unwirksam sein würde, falls die ausgebildeten Reservisten ausgeschlossen werden würden. Gaskrieg und Verwendung von giftigen Bakterien im Kriege müßten völlig verboten werden. Es wird des ferneren im Hinblick auf die Gerüchte über neue geheime Abkommen erklärt, daß eine Arbeiterregierung bei Uebertretung ihres Amtes alle etwaigen geheimen Abkommen veröffentlichen und ihre weitere Wirksamkeit von einer Parlamentarientatschlebung abhängig machen werde. Die Resolution schließt mit der Forderung der sofortigen und bedingungslosen Zurückziehung aller ausländischen Truppen im Rheinland.

## Arbeiterpartei und Unterhauswahlen

Aus dem am Dienstag der Öffentlichkeit übergebenen und für den bevorstehenden Parteitag bestimmten Bericht der Exekutive der Arbeiterpartei geht hervor, daß die Arbeiterpartei bei den kommenden Neuwahlen eine Reformbewegung von Unterhausmitgliedern ins Feld stellen wird. Es wird außerdem darauf hingewiesen, daß die Arbeiterpartei im vergangenen Jahre auf der ganzen Linie, insbesondere aber in den ländlichen Gebieten, große Fortschritte erzielt habe. Die Anzahl der Frauenwahlgruppen habe sich um nicht weniger als 63 erhöht. Die konservative Regierung wird angeklagt, ihre Macht zu einer Unterdrückung ihrer politischen Freunde mißbraucht zu haben. Abschließend heißt es in dem Bericht, alle Zeichen deuteten darauf hin, daß die kommenden Neuwahlen nicht nur zur Berufung einer Arbeiterregierung führen, sondern dieser Regierung auch die parlamentarische Stärke geben werde, die sie zur Ausübung ihrer Macht im Sinne des Programms der Arbeiterpartei in die Lage versetzen werden.

# Wie das Reich ausgeplündert wurde

## Die Kriegsanzleihschieber

Generaldirektor Schneit — Mädhcs Rolle

III Berlin, 29. September.

Der in der Kriegsanzleihschiebung seit einigen Tagen mehrfach genannte „Generaldirektor Joseph Schneit“ von den Delphi-Palast-Betrieben ist — wie bereits berichtet wurde — am Freitagabend in Paris vor seinem Hotel verhaftet worden. Schneit, gegen den das Auslieferungsverfahren bereits schwebt, dürfte in kurzer Zeit nach Berlin gebracht werden.

Mit der Festnahme Joseph Schneits ist dem Berliner Kriminalkommissar Kaffow ein guter Fang gelungen. Immer mehr zeigte sich, daß Schneit eine recht wesentliche Rolle im Konzern der Kriegsanzleihschieber spielt hat. Schneit hielt sich in letzter Zeit in Wien und Paris verborgen und versuchte von dort aus alles Befehlende zu befehlen, was ihm gefährlich werden konnte. Er hatte in Berlin mehrere Wohnungen zur Verfügung und hatte vor an Dingen seinen gesamten Schriftverkehr an einer Stelle untergebracht, die außer ihm nur seiner Freundin, einem Fräulein Heiden, einer früheren Tänzerin, bekannt war, die unter dem Namen Mädhc allabendlich im Delphi-Auffehen erregte. Bei Fräulein Heiden waren schon früher mehrfach Hausdurchsuchungen gewesen, so daß sie Schneit gebeten hatte, seine Korrespondenzen usw. nicht in ihrer Wohnung unterzubringen. Anfang dieser Woche hatte nun Schneit seiner Freundin die Weisung zukommen lassen, sie möge mit zwei Koffern, die er am dritten der untergezeichnet hatte, zu ihm nach Paris kommen, da Schneit klar erkannte, daß für ihn das Spiel in Berlin restlos verloren war. Mädhc sollte mit dem Koffer abends in Berlin abfahren und am nächsten Tag, 15 Uhr, in Paris eintreffen, wo allerdings außer Schneit auch deutsche Beamte ihre Ankunft erwarteten. Mädhc erschien die Woche jedoch zu gefährlich und sie schickte einen Vertrauensmann mit dem schriftlichen Material nach Paris, blieb aber selbst in Berlin, wo sie im Delphi ihren Freund auch geschäftlich zu vertreten suchte.

Inzwischen hatte sich nämlich innerhalb der Aktionäre des Delphi eine starke Gruppe gegen Schneit gebildet, den man auf Grund der in letzter Zeit bekanntgewordenen Dinge aus der Gesellschaft loszuwerden suchte. Schneit wußte, daß für ihn seine finanzielle Beteiligung am Delphi auf dem Spiel stand und so entschloß er sich, nach Berlin zu kommen, mit dem Bewußtsein, daß er zwar in die Unternehmung verwickelt werden würde, aber in der Hoffnung, seine Anteile an dem Vermögensverlust zu retten.

## Die Stahlhelmzukunft des deutschen Michels



mochte, daß sich in der Republik sehr wohl leben läßt. Darum rückte die Volkspartei mit ihrer gesamten Presse von den Haftgefängnissen des Stahlhelms fühlbar ab, und deswegen die ernststen Warnungen gegen den Hugenberg-Volksentscheid der Stahlhelmorganisation, welche in den Spalten der Berliner Börsenzeitung zu finden waren, die sonst im Kampfe gegen den Weimarer Geist recht wenig zimperlich ist. Sie brachte einen langen Leitartikel, in dem die Stahlhelmschreiber beschworen wurden. Zur gleichen Zeit wurde mitgeteilt, daß die volksparteilichen Mitglieder der Stahlhelmorganisation, darunter eine Galerie von Reichstagsabgeordneten — Herr Dr. Wunderlich in führender Position — ihren Austritt erklären wollten, und für Dienstag ist eine Sitzung des Fraktionsvorstandes der Volkspartei zusammenberufen, die zwar zu den Genfer Ereignissen Stellung nehmen soll, wobei aber die Stahlhelmschreiber nicht unerörtert bleiben dürften.

Auch im Lager der christlichen Gewerkschaften haben die Stahlhelmschreiber kein Echo zu zeitigen vermocht. Sie drückten im Organ Dr. Stegerwalds eine Erklärung ab, in der der Stahlhelm vor seiner neuen Offensive gewarnt worden ist. Die Erklärung richtet sich gleichermäßen gegen die Deutsch-nationale Volkspartei: „Sollte die Deutsch-nationale Partei diese Politik des Herrn Oberfinanzrats Bang übernehmen, dann ist in ihr kein Platz mehr für christlich-nationale Arbeitergruppen.“ All das aber wird im Stahlhelmlager keinen Eindruck machen. Die Stelbte und Düsterberg brauchen eine große Aktion, um ihre Mitglieder bei der Stange zu halten. Sie sind das Werkzeug Dr. Hugenbergs, obwohl selbst in deutsch-nationalen Kreisen über das Gelingen dieses kalten Putzschens wenig Optimismus vorhanden ist.

Vorerst will man warten, bis das Panzerkreuzer-Volksgeschehen beendet ist. Das habe vielmehr „Vollständigkeit“, wie die Kreuzzeitung anerkennt. Dann wird man verhandeln über das Wie und Was der Stahlhelmsaktion. Auf jeden Fall wird sie gegen die Weimarer Verfassung gerichtet sein. Auch die Kommunisten sind Gegner der parlamentarischen Demokratie. Es wird daher in den Kreisen der neuen Wertzentrale einiges Kopfzerbrechen geben, bis man den richtigen Dreh gefunden hat. Man wird dann beweisen müssen, daß man zwar gegen die Demokratie und gegen die parlamentarische ganz im besonderen sei, daß man aber trotzdem nichts gegen die Weimarer Verfassung unternehmen darf. Vielleicht proklamiert man auch die Einheitsfront mit den Stahlhelmschreibern im Reich. Jedenfalls werden die Massen in Bewegung gehalten, und zwar durch die Parteien der Diktatur, mit dem soviel geschmähten Mittel der Demokratie.

## Schacht wiedergewählt

Die Reichsbank teilt mit:

In der heutigen Sitzung des Generalrates der Reichsbank wurde Reichsbankpräsident Dr. Schacht für eine neue Amtsdauer von vier Jahren einstimmig wiedergewählt. Die gesetzlich vorgeschriebene Bestätigung durch den Reichspräsidenten wird nachgesucht.

Die Wiederwahl Schachts ist keine Ueberraschung. Bei der Wahl des Reichsbankpräsidenten geben die Stimmen der sechs deutschen Mitglieder des Generalrates den Ausschlag. Viele Stimmen entfallen ausschließlich auf Vertreter des privaten Großkapitals, und zwar auf die Herren Louis Hagen, Franz v. Mendelssohn, Franz Urbig, Hans Kemshard, Max Warburg, Oskar Wassermann. Man kann nicht leugnen, daß es Schacht in hervorragendem Maße verstanden hat, sich die Gunst dieser Herren zu erwerben. Die Politik des Reichsbankpräsidenten und die Interessen der Großfinanz stehen in der gleichen Richtung. Eines der Mitglieder des Generalrates der Reichsbank, der Kölner Bankier Louis Hagen, haben wir erst jüngst auf der Bankierkongress den Grundriss vorführen hören, daß die Tätigkeit der öffentlichen Wirtschaft als unproduktiv anzusehen sei, wenn sie dem Privatkapital Konkurrenz macht. Getreu diesem Prinzip hat Schacht sein Amt ausgeübt. Er hat alles getan, um den Kommunen die zur Erfüllung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben notwendigen Gelder zu entziehen und die Konkurrenz, die die öffentlichen Kreditinstitute den Privatbanken bereiten, möglichst ungeschädlich zu machen. Schachts Kampf gegen die Kommunalfinanz hat zwar die Sparanstalt nicht gefördert, sondern im Gegenteil, den Städten den Kredit verteuert, also ihre Ausgaben vermehrt, ganz abgesehen von den verhängnisvollen Wirkungen auf Konjunktur und Arbeitslosigkeit. Dieser Mißerfolg hat das Vertrauen, das Schacht bei seinen Wählern geniest, nicht herabgemindert, sondern noch gefördert. Und er hat die Gelegenheit des kurz vor der Wahl abgehaltenen Bankiertages nicht vorübergehen lassen, um sich dieses Vertrauens würdig zu zeigen. Der reaktionäre Kurs der Reichsbank wird also fortgeführt. Die Wiederwahl Schachts ist ein neuer Vorstoß der Großfinanz im sozialreaktionären Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft.

## Konferenz der Justizminister

Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, hat der Reichsminister der Justiz, Koch-Meier, die Justizminister der deutschen Länder zu einer Besprechung eingeladen, die am 24. Oktober in Berlin stattfinden soll. Auf dieser Konferenz soll u. a. behandelt werden die Frage der einheitlichen Ausbildung der Referendare für das ganze Reich und weiterhin werden Fragen der Strafprozessreform zur Beratung stehen. — Wie verkündet, wird der 18er-Ausschuß der Länderkonferenz am 22. Oktober in Berlin zu einer Tagung zusammenzutreten.

## Uebersicht zum Reichshaushaltplan

III Berlin, 29. September.

Der Entwurf des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1928 hat im Verlaufe der Beratungen wesentliche Änderungen erfahren. Auch ist nach der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 1928 noch ein Nachtrag für 1927 verabschiedet worden, durch den das vergleichende Zahlenmaterial für 1927 auf eine andere Grundlage gestellt worden ist. Um eine bessere Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der Haushaltspläne für 1927 und 1928 in ihrer endgültigen Fassung zu gewinnen, hat der Reichsfinanzminister einen Uebersicht über den Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1928 herausgegeben.

## Der Kommunist Neumann entflohen

III Berlin, 29. September.

Wie die Nachtausgabe berichtet, ist der im Leipziger Tschelap-Prozess zum Tode verurteilte Felix Neumann am Sonnabend aus der Berliner Charité, wo er eines Magenleidens wegen mehrfach unterzucht wurde, entwichen. Neumann, den das Reichsgericht zum Tode verurteilt hatte, wurde nach dem Urteilspruch zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, später wurde auf Grund des Amnestiegesetzes die Strafe in eine Gefängnisstrafe von sieben Jahren umgewandelt und Neumann aus dem Zuchthaus in Sonnenberg in das Gefängnis Neugasse übergeführt.

## Bela Grosz wird ausgeliefert

III Wien, 29. September.

Dem Entlastungsersuchen des in der Stinnes-Angelegenheit verhafteten Direktors Bela Grosz ist, wie die Wiener Allgemeine Zeitung meldet, nicht Folge geleistet worden. Dagegen wurde dem Auslieferungsantrag stattgegeben, so daß Bela Grosz vermutlich schon in der nächsten Zeit die Reise nach Berlin antreten muß.

## Glasel wieder freigelassen

III Berlin, 29. September.

Auf Grund des von der Verteidigung beantragten Haftprüfungsstermins wurden heute vormittag Direktor Glasel, der wegen seiner Vermittlerfähigkeit zwischen Berlin und Paris in der Kriegsanzleihschlebung festgenommen war, im Einvernehmen der Staatsanwaltschaft mit dem Untersuchungsrichter wieder aus der Haft entlassen.

## Warum wurden sie nicht früher gefaßt?

Haben die Behörden im Anleihschlebungskanal verfaßt? Warum hat die Staatsanwaltschaft so spät Kenntnis von den unerhörten Vorkommnissen erhalten?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich in diesem Augenblick sehr eingehend die Presse; denn an einer klaren Beantwortung dieser Fragen hat die Öffentlichkeit naturgemäß ein sehr großes Interesse. Ministerialdirektor Dr. Steiger vom Ministerium für die besetzten Gebiete soll dem Justizrat des Reichskommissars, Rechtsanwaltschaft Hage, bereits am 4. Januar zu Protokoll gegeben haben, daß Sieckamp, der Beauftragte des holländischen Bankiers Horn, und Bela Grosz, der Wiener Vertrauensmann des jüngeren Hugo Stinnes, sich an ihn-gemacht hätten, um in ihren Kriegsanzleihschlebungskanal zu erhalten. Das Reichskommissariat habe die Aussagen Steigers jedoch nicht der Staatsanwaltschaft mitgeteilt. Die Aussagen seien vielmehr mit dem Vermerk versehen worden: „Abschrift an das Reichsfinanzministerium. Dann zu den Akten.“ Im Zusammenhang mit dieser Staatsstellung wird betont, daß bei rechtzeitiger Mitteilung des Reichskommissars oder des Reichsfinanzministeriums an die Staatsanwaltschaft Bela Grosz und Sieckamp, der 44 Millionen Kriegsanzleihe nominal angemeldet hatte, in Berlin verhaftet werden können. Ebenso hätte rechtzeitig wertvolles Material beschlagnahmt und auf diese Weise die Unternehmung beschleunigt werden können.

Demgegenüber wird von maßgebender Stelle erklärt, daß Steiger sich nicht aus eigenem Antrieb an den Reichskommissar gewandt habe, sondern vom Reichskommissar vorgeladen und vernommen worden sei, weil gegen Steiger Beschuldigungen vorgelegt hätten. Die von Steiger dem Reichskommissar gemachten Mitteilungen seien nicht unerledigt liegengeblieben, sondern alsbald der Staatsanwaltschaft übermittelt worden. Im März habe Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berliner aus den Ministerialrat Steiger vernommen. Wenn dies nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt geschehen sei, so werde die Staatsanwaltschaft dafür gute Gründe gehabt haben, die in der planmäßigen Behandlung der Angelegenheit gelegen hätten.

Bließe es darf die Öffentlichkeit bald etwas Näheres über diese „guten Gründe“ erfahren. Mit bloßen geheimnisvollen Andeutungen ist hier nicht gebietet.

## Die Amnestie in Preußen

Auf Grund des Amnestiegesetzes vom 14. Juli d. J. sind in Preußen 1112 Verfahren niedergelassen worden. Straferlass trat ein in 1039 Fällen, darunter fallen 119 Fälle von Zuchthausstrafen, 1033 Fälle von Gefängnisstrafen, darunter 82 Fälle von Gefängnisstrafen über einem Jahre. Ferner 15 Fälle von Festungshaft, davon 7 über einem Jahre. An Haft- und Geldstrafen fielen 492 unter Amnestie. Gemildert wurden 79 Strafstrafen wegen Verbrechen gegen das Leben und zwar 14 Todesstrafen, 2 Fälle von lebenslänglichem Zuchthaus, 51 Fälle von zeitlichen Zuchthausstrafen und 12 von Gefängnisstrafen. Die Amnestie wurde insgesamt bis zum 1. September auf 2850 Fälle ausgedehnt.

Auf eine Anfrage hat der preussische Ministerpräsident dem demokratischen Landtagsabgeordneten Barteld-Hannover schriftlich mitgeteilt, daß von der preussischen Staatsregierung nicht beabsichtigt sei, eine allgemeine Amnestie für Disziplinärvergehen der Beamten zu erlassen.

Die Auswanderung aus Polen. Nach Angaben des polnischen Emigrationsamtes sind im ersten Halbjahr 1928 insgesamt 127 000 Personen aus Polen ausgewandert. Von diesen haben sich 78 000 nach Deutschland, 14 000 nach Frankreich und 18 000 nach Kanada begeben.

# Das neue Programm der britischen Arbeiterpartei

Von Rennie Smith.  
(Mitglied des Unterhauses.)

Auf dem Parteitag der englischen Arbeiterpartei steht das neue Parteiprogramm zur Debatte. Genosse Smith, der der Unabhängigen Arbeiterpartei angehört, nimmt in dem folgenden Artikel zu dem Programmentwurf Stellung.

Welche Rolle das Wirtschaftsprogramm, das die Liberalen vor einiger Zeit herausgegeben haben, in den nächsten Wahlen spielen wird, ist außerhalb des liberalen Parteizirkels unbekannt. Anders steht es mit dem kürzlich veröffentlichten neuen Programm der Arbeiterpartei. Es erschien in der Form einer 50seitigen Broschüre unter dem Titel Labour and the Nation (Arbeiterbewegung und Staat) zu dem niedrigen Preis von 25 Pfennig. Eine weite Verbreitung ist ihm gesichert; es ist seit Kriegsende das wichtigste politische Traktat, das von der Partei herausgegeben wurde; wie kein anderes politisches Dokument unserer Zeit gibt es den fühlenden wirtschaftlichen und politischen Problemen unserer Zeit Ausdruck. „Die Arbeiterpartei und der Staat“ ist weiter eine starke Herausforderung des Konservatismus; es eröffnet Aussichten auf eine Zukunft sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Gedeihens, auf Völkerrfrieden und Schlichtung wirtschaftlicher und nationaler Schwierigkeiten. Es ist das Programm, um das in den nächsten Wahlen gekämpft werden wird.

Der Charakter des Arbeiterprogramms wird durch seine Entstehung bestimmt. Im Gegensatz zu dem von Spezialisten verfassten liberalen Programm ging das Arbeiterprogramm aus der Forderung des lehrjähigen Parteitags hervor, daß ein für die nächste Arbeiterregierung bindendes Programm geschaffen werden müsse. Der Kongreß wählte u. a. die Genossen George Lansbury (Vorsitzender), A. Henderson (Generalsekretär), Ramsay MacDonald, Herbert Morrison, Ellen Wilkinson, eine Gruppe von Genossen, die dem vielseitigen Charakter der Partei und den verschiedenen Richtungen weitgehend Rechnung tragen. Dieses Programmkomitee hatte jedoch nicht volle Freiheit. Es hatte nur dem diesjährigen Parteitag in Birmingham einen Programmentwurf vorzulegen und dazu die von der Partei bereits angenommenen Resolutionen zu verwenden. Das Programm stellt also eine Kollektivarbeit der gesamten großen Arbeiterbewegung dar.

In seiner endgültigen Fassung nach dem Birminghamer Parteitag wird dieses Dokument den Willen der organisierten Arbeiterschaft Großbritanniens zum Ausdruck bringen. Ihrem Geiste getreu, ist das Programm, wie Ramsay MacDonald im Vorwort sagt, nicht darauf angelegt, „die Risse eines schlechten Systems auszubessern, sondern den Kapitalismus in den Sozialismus umzuwandeln“.

Die Broschüre beginnt mit einer scharfen Analyse der Geschichte der jetzigen konservativen Regierung und handelt von dem Verrat an den Arbeitlosen und der organisierten Arbeiterschaft, von dem Verrat an der Industrie und den Kindern der Steuerzahler. Und die liberale Partei wird unter anderem daran erinnert, daß durch ihren Anfall die Arbeiterregierung im Jahre 1924 zurücktreten mußte und daß durch ihre Hilfe die Konservativen in den Sattel kamen. Das Arbeiterprogramm, das nicht weniger als 70 Gegenstände umfaßt, zerfällt in fünf Hauptteile: Wirtschaftsprogramm, Bildungsprogramm, Steuerprogramm, internationales und Weltfriedensprogramm. Es werden gefordert: Die 48-Stunden-Woche, Aufhebung des Gewerkschaftsgesetzes, Aufhebung des Achtstundentags für die Bergarbeiter. Das bedeutet, daß die Arbeiterregierung zunächst die reaktionäre industrielle Gesetzgebung der jetzigen Regierung wieder rückgängig machen will.

Ferner wird gefordert die Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung, Verbesserung der industriellen Gesetzgebung, Einsetzung einer Reichsbehörde, durch die das Problem der Arbeitslosigkeit aus einem Orts- zum Reichsproblem erhoben wird. Im Bergbau Verminderung der Arbeitszufuhr durch Entfernern der alten Arbeiter und jungen Kinder, Wirtschaftsspenden für alte Bergarbeiter auf der Basis der bisherigen Bergbauantizipien, Schritte zur Reorganisation dieser Industrie durch Überführung in Nationaleigentum und Nationalkontrolle, öffentlicher Besitz des Transport-, Verkehrs- und elektrischen Kraftwesens, Verwirklichung des Agrarprogramms der Partei.

Die Bildungsfrage umfaßt sieben Punkte. Mit freudiger Hoffnung begrüßt es die neue Generation und öffnet ihr von der frühen Kindheit an bis zur Universität weit die Tür mit folgendem Programm:

1. Schaffung eines demokratischen Bildungssystems, ausreichend finanziert, frei vom Mangel des Klassenunterschiedes und von der Kleinkinderschule bis zur Universität als fortlaufendes Ganzes organisiert.
2. Die größtmögliche Sorge für das körperliche Wohlbefinden der Kinder durch Errichtung der nötigen Anzahl von Kleinkinderschulen, Freizeitschulen und Spezialschulen für minderbegabte Schüler, durch Ausdehnung der Schulspendungen und durch den weiteren Ausbau der ärztlichen Fürsorge.
3. Angemessenes Personal für die Volksschulen und Festsetzung einer Höchstzahl für die Klassen.
4. Verbesserung der Schulgebäude und kostenlose Vierung der Lehrmittel.
5. Umformung des Bildungsganges derart, daß alle Kinder bis zum 11. Lebensjahr Volksschulbildung erhalten, worauf eine höhere Ausbildung für alle Kinder zu folgen hat.
6. Ausdehnung des schulpflichtigen Alters bis 15 Jahre mit den nötigen Erziehungsbeihilfen.
7. Erleichterter Zutritt zu den Universitäten und anderen höheren Bildungsinstituten und Sicherung angemessener Stipendien.

Den Schlüssel zu allen übrigen Fragen bildet das Finanzwesen; die Arbeiterpartei wird natürlich das von ihr übernommene Steuerwesen im Interesse ihrer Pläne ausbauen.

1. Verminderung der Rüstungsausgaben.
2. Aufhebung der indirekten Steuern und der Einfuhrzölle.
3. Erhöhung der Erbschaftsteuer auf große Vermögen.
4. weitere Abkürzung der Einkommensteuer; Befreiung der kleinen Einkommen.
5. Einführung eines Sondersteuerausfalls auf die Einkommen über 500 Pfund, die aus dem Besitz herrühren.
6. Dieser letzte Punkt hat vor allem Interesse für die Freunde der Bodenreform.

Auf Grund konstruktiver politischer und wirtschaftlicher Bildungsprinzipien wird für das Volkreich eine Zusammenarbeit freier Völker angestrebt. Das Recht der Völker auf Selbstverwaltung wird von neuem bekräftigt.

Das Programm wird in Birmingham Änderungen erfahren. Aber in seinen Grundlinien wird es unverändert bleiben: Wir sind Sozialisten und wollen die Tatsachen der heutigen Welt im Sinne des Sozialismus umformen.

# Schwarz-Rot-Gold in Hannover

## Beginn der Reichsbannertagung Höring und Severing zur Koalitionspolitik

(SPD. Hannover, 1. Oktober. (Radio.)

Hannover steht unter dem Zeichen der Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners. Schon am Sonnabend waren große Menschenmassen auf den Weiden, als der Vorstand des Reichsbanners mit Musik und unter Begleitung einer Ehrenkameradschaft vom Bahnhof zum Hotel geleitet wurde. Als am Sonntagmorgen gegen 12 Uhr der Reichsinnenminister Severing ankam und ebenfalls durch eine Ehrenkameradschaft des Reichsbanners ins Hotel geleitet wurde, begrüßten ihn Tausende von Menschen. Am Sonntagmittag um 14 Uhr fand im großen Kuppelsaal der Stadthalle, der 4500 Personen faßt und bis auf den letzten Platz besetzt war, die

### feierliche Eröffnung der zweiten Bundesgeneralversammlung

statt. Ein Orgelspiel, Darbietungen der hannoverschen Reichsbannertafel und eines Massenchores der Arbeiterkammer gaben der Tagung einen würdigen Rahmen. Ortsvereinsvorsitzender Kallhoff und Gauvorsitzender Van der Grinten begrüßten die Delegierten und Gäste, worauf Bundesvorsitzender Höring die Bundesgeneralversammlung mit einer Rede eröffnete, in der er u. a. ausführte:

„Das Reichsbanner hat sich seit der ersten Bundesgeneralversammlung vor 2 1/2 Jahren glänzend entwickelt. In der Verlichtung haben wir

262.000 neue Mitglieder gewonnen.

Wir haben die Farben der Republik, dank der Opferfreudigkeit und der Unermüdlichkeit unserer Kameraden, bis ins letzte Dorf getragen und haben sie populär und beliebt gemacht. Unsere Forderung, den 1. August zu dem gesetzlichen Feiertag zu erklären, ist leider immer noch nicht erfüllt. Aber die diesjährigen Feiern haben gezeigt, daß wir das Volk für die Feiertage gewonnen haben. Der 1. August wird gesetzlicher Feiertag werden oder er wird es im Volke sein. Wir haben immer verlangt und gefordert, daß in der Republik Republikaner regieren sollen, oder, falls sie allein nicht die Macht dazu haben, sich so stark wie nur möglich an der Regierung beteiligen sollen, damit inner- und außenpolitisches Unglück vermieden wird, wie wir dieses beim letzten Kabinett mit seinem stark deutschnationalen Einfluß erlebt haben. Wir sind überzeugt, daß die republikanischen Minister, unter denen sich drei unserer Kameraden befinden, alles tun werden, was möglich und erreichbar im Sinne der Republik ist, und deshalb stehen wir geschlossen hinter ihnen. Der Panzerkreuzzugrummel, den jetzt die Kommunisten treiben, ist einer der schlimmsten Vorgänge unserer Zeit. (Sehr richtig!) Wir sind gegen jeden übertriebene und überflüssigen Militarismus, aber wir sind der Meinung,

## Die Thälmann-Korruption in der SPD Verweigerung jeder Parteiarbeit

Die SPD hat die Korruption in der SPD fort. Es behauptet in seiner letzten Nummer, von einer ganzen Serie von Korruptionsfällen Kenntnis zu haben und gibt zunächst einen Fall bekannt, der, wenn er stimmen sollte, Thälmann wiederum auf das schwerste belastet. Das Blatt schreibt:

„Thälmann besetzte bisher die Sekretärposten; u. a. schob er nach Kassel seinen Freund Haffe als politischen Sekretär. Haffe unterließ es, Kassel Parteigelder und konnte sich dort nicht behaupten. Zur „Belohnung“ nahm ihn Thälmann nach Lübeck in eine andere Sekretärstellung.“

Das Blatt berichtet weiter über Unterschlagungen in der roten Hilfe Hannover und behauptet, daß die angeblich ihrer Funktion entleideten Hamburger Thälmann-Freunde nach wie vor Funktionen für die SPD ausübten. Von dem gegenwärtigen Chefredakteur der Hamburger Volkszeitung, Karl Beck, sagt das Blatt, daß „an seinen Händen, genau so wie bei Thälmann, unterschlagene Parteigelder fließen.“

Ueber die Auswirkung der Enthüllungen innerhalb der SPD-Mitgliedschaft weiß das Organ des Lenin-Bundes zu berichten, daß im 14. Berliner Verwaltungsbezirk, in Reuköfen, eine Reihe bisher treu zur Parteizentrale stehender Mitglieder dem Kassierer die Zahlung von Parteibeiträgen und die Abnahme von Sondermarken für den Volkseinkauf verweigert hat. Außerdem hätten sie jede Parteiarbeit mit der Begründung abgelehnt, daß ihnen der Fall Thälmann nicht genügend geklärt sei und sie Garantien für die Ausrottung der gesamten Korruption innerhalb der SPD haben wollten.

SPD Bochum, 29. September.

Die Hamburger Korruptionsaffäre und die Unisonohebung Thälmanns haben auf die Kommunisten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wie eine Bombe gewirkt. Die kommunistische Presse, die ihren Lesern sonst jede Kleinigkeit mit großem Geschrei berichtet, hat fast die Sprache verloren. Sie berichtet über den neuesten Skandal in der SPD nur in unauffälligen und harmlos klingenden Notizen. Trotzdem hat sich auch im höchsten Lager der SPD die Wahrheit inzwischen durchgesetzt. Die Auswirkungen sind vorläufig noch nicht zu übersehen. Borek hat sich die Düsseldorf-Bezirksleitung der SPD gezwungen gesehen, ihre Funktionäre in einem Rundschreiben aufzufordern, „trotz der bedauerlichen Vorgänge“ auch weiterhin ihre Pflicht zu tun. Das Rundschreiben ist darauf zurückzuführen, daß zahlreiche Funktionäre es abgelehnt haben, bis zur endgültigen Klärung der Dinge noch irgendwelche Arbeit für die SPD zu leisten.

## Japan zur Washingtoner Note

U Tokio, 30. September.

Die japanische Presse ist im allgemeinen der Meinung, die amerikanische Note an England und an Frankreich beweise nur zu deutlich, daß keine Rede mehr von der Einberufung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz sein könne. Selbst wenn sich die japanische Regierung als Mittler aufwerfen und die Initiative für die Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz ergreifen sollte, so müßte man angesichts der Haltung der amerikanischen Regierung, wie sie aus der letzten Note spreche, annehmen, daß sich Amerika an einer solchen Konferenz nicht beteiligen werde. Praktisch bedeuete die Note, daß das alte Washingtoner Abkommen außer Kraft gesetzt sei und daß alle Großmächte nunmehr wieder freie Hand für den Bau von großen Schlachtschiffen aller Art hätten. Die Presse legt darum ziemlich einmütig der japanischen Regierung nahe, den Gedanken der Einberufung einer neuen allgemeinen Abrüstungskonferenz aufzugeben, da der Erfolg dieser Bemühungen mehr als zweifelhaft sei.

## Zusammentritt der Programmkommission?

Das Berliner Tageblatt teilt mit: Anfang nächster Woche, wahrscheinlich am Dienstag, tritt der Ausschuß zusammen, den der sozialistische Vorstand berufen hat, um Vorschläge über programmatische Formulierungen zum Wehrprogramm zu machen. Dem Ausschuß werden Julius Deutsch und der bekannte sozialdemokratische Parteitheoretiker Karl Rautsky angehören.

man soll den Antimilitarismus weniger im Entwaffnenen Deutschland, als in den Ländern um uns und nicht zuletzt und vornehmlich im waffenstarken Rußland, das sich zur größten Gefahr für Europa, ja für die Welt herausbildet, in erster Linie betreiben. Deshalb lehnen wir das Volksbegehren der Kommunisten, das weiter nichts ist als eine gezielte Gelegenheit, die Sozialdemokratie in der verlogensten Art mit Schmutz zu bewerfen, glatt ab. Die Kommunisten sind und bleiben Feinde der Republik, die Verbündeten unserer Todfeinde, der Faschisten, wovon sie täglich Beweise in Fülle liefern.“

Nachdem der Redner dann noch das Treiben des Stahlhelms gebührend gekennzeichnet hat, richtet er den

Auf an die republikanischen Minister:

„Kümmert euch nicht um das Geschrei der Regierenden von rechts und links, harret aus auf euren Posten, bleibt in euren Werten, denn nur dadurch, daß ihr lange im Amt bleibt, kann bei eurem Geiste ein Erfolg für die Nation, für die Republik sichtbar und fühlbar in Erscheinung treten. In dem Bemühen, in diesem Sinne und Geiste zu arbeiten, steht das Reichsbanner geschlossen hinter jedem republikanischen Minister.“

Wir sind keine politische Partei und wollen es auch nicht werden. Aber wir wollen auch kein Bund politisch und gewerkschaftlich Unorganisierter sein. In unseren Reihen ist und war jeder Republikaner herzlich willkommen, aber es gehört auch zu unseren Aufgaben, die unorganisierten Kameraden über den Wert der politischen Parteien aufzuklären und sie diesen anzuschließen, ebenso den Gewerkschaften. Sind Reichsbanner, Partei und Gewerkschaften eins, bzw. durch Organisationen miteinander verbunden, dann sind wir eine unüberwindliche Macht, an der die Feinde der Republik zerschellen werden.“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Nach Höring sprach, von langem, stürmischem Beifall begeistert begrüßt, Reichsinnenminister Severing. Er führte etwa folgendes aus:

„Ich bin sehr dankbar für die Anregungen Hörings, recht lange in der Regierung auszuharren und sich nicht um das zu kümmern, was andere reden und schreiben. Bei mir war die Anregung nicht nötig, ich habe mir seit langem den Grundsatzz zu eigen gemacht, Stimmen des Tages zwar ernsthaft zu prüfen, aber doch nur das zu tun, was mir meine Überzeugung vorschreibt. (Sehr richtig!) Wer sich den Ratschlägen anderer gar zu sehr überläßt, der kommt zu keiner eigenen Meinung.“

Ich bin mit Höring der Meinung, daß die republikanischen Minister nur dann wertvolle Arbeit leisten können, wenn sie nicht nur kurze Gastrollen geben, sondern mindestens eine Legislaturperiode aushalten. (Sehr richtig!) Allerdings eine Einschränkung: Ich habe am Geburtstag der Republik gesagt, daß wir alles tun werden, um die Regierung fest zu untermauern. Das hat in einigen Kreisen den Eindruck erweckt, als ob ich persönlich oder die Partei, der ich angehöre, ein besonderes politisches Interesse daran hätte. Diese Auffassung ist unrichtig.

Wir haben aber ein nationales und ein internationales Interesse, diese Regierung so lange wie möglich am Leben zu erhalten, damit wir im Innern republikanische und nach außen eine vernünftige Verständigungspolitik treiben können.

(Stürmischer Beifall.) Wer glaubt, daß wir um jeden Preis in der Regierung bleiben müssen, selbst unter Verzicht auf Grundsatze, der ertzt sich. Wir werden die Masse in dieser Beziehung nicht enttäuschen.

Severing wies darauf hin, daß heute vor fünf Jahren der Buchrufer-Putsch in Rastatt dank der Wachsamkeit versajungskreuer Volksgeliebter scheiterte. Damals war die Republik in großer Gefahr und die gegnerischen Organisationen lühten sich so stark, daß sie glaubten, den Rücktritt des Reichskanzlers und die Bildung eines fünfköpfigen Direktoriums fordern zu können. Wenn wir uns heute die Männer ansehen, die damals dafür ausreichten waren — ich sage es lieber nicht —, Edel sei der Mensch, hilfreich und gut. (Lachen, Beifall.) Der Stahlhelm will heute ein Volksbegehren machen. Er hat sich dabei vor die Deutschnationalen gestellt. Er spielt den Kesseltreiber für die Deutschnationalen, oder anders ausgedrückt, die Deutschnationalen sind die Jäger und der Stahlhelm die Treiber. Die Deutschnationalen, die aus der Regierung herausgedrängt sind, drohen mit einer sogenannten nationalen Opposition, und darum wird der Stahlhelm wieder wild. Wild nicht in dem Sinne, daß er beißen würde, sondern nur daß er bellt. Ich bin der Überzeugung, daß dahinter nicht Jugenberg oder Weistarp stehen, wie Höring meinte, sondern alle beide. Der Stahlhelm kommt mir vor wie ein Blasebalg. Die Deutschnationalen zünden ein Oppositionsfeuerchen an. Das brennt aber nicht richtig, es raucht nur und schmeißt, deshalb spielt der Stahlhelm den Blasebalg. Soweit der Stahlhelm etwa versuchen wollte, die Kaiserkrone recht bald wieder zu holen, wie er in Fürstentum androhte, und sie einem aufs Haupt zu setzen, kommt nicht.

zur Wehr die Polizei genügen, vielleicht die Feuerwehr. (Lachen, lebhafter Beifall.) Aber es kommt heute darauf an, daß die faschisten Eindrücke des Jahres 1923, als die Welt glaubte, daß hinter diesem Stahlhelm und seinen Aufmärschen große deutsche Massen ständen, daß diese Eindrücke zerstört werden.

Ich habe einmal auf dem Standpunkt gestanden, daß die Wehrverbände abzurufen sollten. Heute sage ich ihnen,

das Reichsbanner war noch nie so notwendig wie heute.

Kameraden, ich habe den dringenden Wunsch, daß hier von Hannover kommende Kraft ausgeht, daß die Angehörigen der republikanischen Parteien immer mehr einsehen, daß es notwendig ist, sich in immer größerer Zahl dem Reichsbanner anzuschließen. Wir brauchen sie zur Verteidigung der Republik. Wir werden im nächsten Winter schon die erste Probe der Verbindung der Rechtsorganisationen mit Wehrverbänden zu spüren bekommen. Es ist sehr wohl möglich, daß der Stahlhelm seinem Volksbegehren eine unmögliche Fassung gibt, so daß das Reichsinnenministerium das Begehren schon ablehnen muß. Aber besser ist, man weiß es nicht ab, von Amts wegen, sondern von Volks wegen. Wir wollen unsere Generalversammlung unter dem Zeichen tagen lassen: Du sollst nicht begehren deines nächsten Recht. Und unser Recht ist die Verfassung. Wir werden sie zu verteidigen wissen und werden in diesem Kampfe siegreich bleiben, wenn jeder Reichsbannertamerad seine Pflicht tut.“

Nach Severing sprachen die Vertreter der politischen Parteien und der Gewerkschaften. Für die Gewerkschaften sprach Reichstagsabgeordneter Scheffel, der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, für das Zentrum Ministerialdirektor a. D. Spierer, für die Sozialdemokratie Ministerpräsident a. D. Stelling, für die Demokraten Landtagsabgeordneter Bohner-Mandenburg, für die Kriegsteilnehmer und Frontkämpfer Major Wancner-Wünnen und zum Schluß Reichstagsabgeordneter Scheldemann. Hierauf marschierten die Reichsbannerkolonnen geschlossen durch die Stadt, wo vor dem Opernhaus vor Zehntausenden von Zuschauern ein Vorbemerklich stattfand.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Niebmann in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Hugo Schepand in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchverlag „Kommunistische“ Leipzig.

Lauensteins Wildauer-Tea und Tabletten bei Blasen- und Nierenleiden. Postversand nach Auswärts. Allein echt: König-Salomo-Apothek, Grimmaische Straße 17

Der heutigen Nummer liegt der Kinderfreund bei.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

# Stetsverein L.-St

Kurfürst Rudolf Herzog

Die Entwicklung in Natur und Gesellschaft

beinhaltet am Dienstag, dem 9. Oktober, 20 Uhr in Kurfürstentagen. Die Einzeichnungslisten liegen in der Filiale der Volkszeitung, Elisabethstraße 19, zum Eintragen aus. Für die Zentralstelle im Volkshaus liegen ebenfalls die Einzeichnungslisten aus. Wir erlauben nunmehr unsere Mitglieder sowie die Jugend, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

## Gewerkschaftliche Anzeigen

**Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig**  
Delegiertenversammlung  
Mittwoch, den 3. Oktober 1928, abends 17 Uhr, im Volkshaus. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Alle Bauheiten müssen vertreten sein. Der Vorstand.

## Bund sozialist. Freidenker

Bezirk Leipzig

Veranstaltungen im Oktober 1928:

- Mückern-Wahren:** Mittwoch, den 3. Oktober 1928, 20 Uhr, im Sozialdemokratischen Arbeiterheim Wahren: Filmvorführung: Im Morgenrot der Freiheit. Eintritt 40 Pfg.
- Lindenu-Platzwitz-Schiess-Big:** Donnerstag, den 4. Oktober 1928, 19.30 Uhr, im Festsaal, L. Platzwitz, Karl-Heine-Straße: Heiterer Abend. Mitwirkende: Elisabeth Göhlisdorf, Regitation: Hildegard Gähle, Charlotte Stögel, Lieber zur Laute: Antikenvereinsleitung Großschöder - Sonntag, den 7. Oktober 1928, 10 Uhr, findet im Sozialistischen Institut, Ringstraße 5, ein Experimentier-Vortrag statt. Referent: Herr Dr. R. Sanderwald. Der Eintrittspreis beträgt 60 Pfg. - Sonntag, den 21. Oktober 1928, 9 Uhr: Schlichtung des Krematoriums.
- Mockau:** Montag, den 8. Oktober 1928, 20 Uhr, im Gasthof: Mitarbeiter-Versammlung. Vortrag über: Die sexuelle Erziehung des Kindes. Ref.: Gen. Weile. - Freitag, den 12. Oktober 1928, im Neuen Gasthof, Mockau: Filmvortrag: Im Morgenrot der Freiheit.
- Großschöder:** Freitag, den 12. Oktober 1928, 20 Uhr, im Lindenpark: Mitarbeiter-Versammlung. Heitere Resitationen und Lieder zur Laute; Gen. W. Meyer. Gäste herzlich willkommen.
- All-Leipzig:** Montag, den 15. Oktober, 20 Uhr, im Volkshaus: Mitarbeiter-Versammlung. 1. Vortrag des Gen. Weile: Meine Erfahrungen im freigeistlichen Unterricht. 2. Bericht des Genossen Lehmann, Leipzig, von der Tagung in Dessau. - Freitag, den 26. Oktober 1928, 20 Uhr, im Volkshaus, Gesellschaftssaal: Junter Abend. Zutritt nur neuen Mitgliedsbuch.
- Stütz:** Montag, den 15. Oktober, 19.30 Uhr, im Gasthof Stütz: Mitarbeiter-Versammlung. Lichtbildervortrag: Die Alpenreise eines Freidenkers.
- Süden:** Donnerstag, den 18. Oktober 1928, 20 Uhr, im Goldenen Stern, Süden: Mitarbeiter-Versammlung. - Freitag, den 26. Oktober 1928, 20 Uhr, in der Goldenen Aenne, Connewitz: Theater-Abend (Kater Lampe).
- Kleinschöder:** Freitag, den 19. Oktober 1928, 20 Uhr, in Mählers Schützen: Film-Vorführung mit Vortrag des Genossen Lehmann, Bundessekretär.
- Osten:** Freitag, den 19. Oktober 1928, 20 Uhr, in den Reichshallen: Mitarbeiter-Versammlung mit Film-Vortrag: Im Morgenrot der Freiheit.
- Gohlis:** Freitag, den 19. Oktober 1928, 20 Uhr, im Jugendheim, Gohlis, Straße 62: Mitarbeiter-Versammlung. Referent: Gen. A. Vogel.
- Südosten:** Freitag, den 19. Oktober 1928, 20 Uhr, im Löwenpark: Theater-Abend (Die Hoffnung auf Segen).
- Quasitz:** Sonnabend, den 20. Oktober 1928, 20 Uhr, im Kasino: Mitarbeiter-Versammlung. - Sonntag, den 28. Oktober 1928, 19.30 Uhr: Film-Vortrag. 16 Uhr für Kinder.
- Paunsdorf:** Sonnabend, den 20. Oktober, 19.30 Uhr, in der Turnhalle der Freien Turnerschaft Paunsdorf: Festlicher Filmabend: Im Morgenrot der Freiheit und Beiprogramm. Für Kinder läuft der Film um 17 Uhr. Nächster Zahlabend Freitag, den 12. Oktober, in den bekannten Lokalen.
- Büsdorf:** Sonnabend, den 20. Oktober 1928, im Gasthof Büsdorf: Mitarbeiter-Versammlung. - Mittwoch, den 31. Oktober 1928, Filmvorführung: Nachmittags für Kinder: Alibaba und die vierzig Räuber, abends 19.30 Uhr: Im Morgenrot der Freiheit.
- Entritzsch:** Montag, den 22. Oktober 1928, 20 Uhr, im Restaurant Vindenhof, Magdalenastr. 12: Mitarbeiter-Versammlung. Vortrag des Genossen E. Zetner: "Die lachende Themi's". (Von Justiz, Senjur, Kirche und Arbeiterchaft.)
- Schönefeld:** Freitag, den 26. Oktober 1928, 19.30 Uhr, im Gasthof Neustadt: Mitarbeiter-Versammlung mit Filmvorführung.
- Engelsdorf:** Mittwoch, den 31. Oktober 1928 (Reformationsfest), 19.30 Uhr, im Restaurant Vindenhof, Hauptstraße 42: Festlicher Vortrag: "Der Bauernkrieg und die Reformation". Ref.: Gen. E. Gensisch, Erleiden aller ist Pflicht.
- Bezirk:** Die Oktober-Funktionär-Versammlung wird am 12. Oktober durch Inzerat in der L. B. bekanntgegeben. Der Bezirksvorstand.
- Neue Feuerbestattungs-Kasse organ. Freidenker, Bezirk Leipzig:** Dienstag, den 9. Oktober, 20 Uhr, im Volkshaus: Delegierten-Versammlung. 1. Vortrag über Friedhöfswesen und kirchenpolitische Forderungen der Feuerbest. Ref.: Gen. Dieke. 2. Geschäftliches.

Ausschneiden und aufheben!

# Winterkurse

am Sozialpädagogischen Fraueneminar der Stadt Leipzig (vormals Hochschule für Frauen).

**Eröffnungsvortrag:** Rednerin: Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer. Thema: Die besonderen Aufgaben der Frau in der gegenwärtigen Kultur. Der Vortrag findet statt: Montag, den 8. Oktober 1928, 20 Uhr, im Großen Saal des Sozialpädagogischen Fraueneminars, Könißstraße 20. Karte: 1 Mt.

**Für Frauen aller Berufe und Stände finden statt:**

**Vorlesungen über Pädagogik, Psychologie, Philosophie, Geschichte. - Pädagogische Vorlesungen:**

- Thema: Großstadtljugend. Vom Chaos und Sinn im Leben der jungen Generation unserer Tage. Redner: Dr. Walter Krusenberger. Montag, den 15., 22., 29. Oktober und 5. November 1928, 20 bis 21.30 Uhr, im Sozialpädagogischen Fraueneminar, Könißstraße 20. Karten für 4 Abende 2 Mt.
- Thema: Erziehungsaufgaben der Frau in der Gemeinschaft. Rednerin: Dr. Hildegard Meißner-Preiser. Montag, den 12., 19., 26. November und 3. Dezember 1928, 20 bis 21.30 Uhr, im Sozialpädagogischen Fraueneminar, Könißstraße 20. Karten für 4 Abende 2 Mt.

**Psychologische Vorlesungen:**

- Thema: Lieber Psychoanalyse. Redner: Universitätsprofessor Dr. Sander. Montag, den 14. und 21. Januar 1929, 20 bis 21.30 Uhr, im Sozialpädagogischen Fraueneminar, Könißstraße 20. Karten für 2 Abende 2 Mt.
- Thema: Charakterologie. Redner: Universitätsprofessor Dr. Schröder, Direktor der Universitäts-Nervenheilanstalt Leipzig. Montag, den 28. Januar, 4., 11. und 18. Februar 1929, 20 bis 21.30 Uhr, im Sozialpädagogischen Fraueneminar, Könißstraße 20. Karten für 4 Abende 2 Mt., für alle 6 Abende 3 Mt.

**Vorträge über Weltanschauungsfragen.** 4 Einzelvorträge von Vertretern einzelner Weltanschauungsgruppen.

- Thema: Das evangelische Christentum in seinen Beziehungen zu den gegenwärtigen Kulturaufgaben der Frau. Redner: Konföderalrat Superintendent D. theol. J. Zentgraf. Mittwoch, den 7. November 1928, 20 bis 21.30 Uhr, im Sozialpädagogischen Fraueneminar, Könißstraße 20. Karte: 1 Mt.
- Thema: Das katholische Christentum in seinen Beziehungen zu den gegenwärtigen Kulturaufgaben der Frau. Redner: Dr. V. Lehmann, katholischer Hochschullehrer. Mittwoch, den 14. November 1928, 20 bis 21.30 Uhr, im Sozialpädagogischen Fraueneminar, Könißstraße 20. Karte: 1 Mt.
- Thema: Das Judentum in seinen Beziehungen zu den gegenwärtigen Kulturaufgaben der Frau. Redner: Gemeindeprediger Gustav Cohn. Mittwoch, den 28. November 1928, 20 bis 21.30 Uhr, im Sozialpädagogischen Fraueneminar, Könißstraße 20. Karte: 1 Mt.
- Thema: Die sozialistische Weltanschauung in ihren Beziehungen zu den gegenwärtigen Kulturaufgaben der Frau. Redner: Dr. Karl Rennicke, Berlin. Mittwoch, den 5. Dezember 1928, 20 bis 21.30 Uhr, im Sozialpädagogischen Fraueneminar, Könißstraße 20. Karte: 1 Mt. Karte für 2 Vorträge: 1,50 Mt. Karte für 3 Vorträge: 2.- Mt. Karte für 4 Vorträge: 3.- Mt.

**Vorlesungen über Geschichte.**

Thema: Wandlungen der abendältdischen Geistesgeschichte im Spiegel der Kunst. Redner: Universitätsprofessor Dr. W. Bezucken. Dienstag, den 15., 22., 29. Januar, 5. und 12. Februar 1929, 20 bis 21.30 Uhr, im Sozialpädagogischen Fraueneminar, Könißstraße 20. Karte für 5 Abende 3 Mt.

**II.**

**Kurse für Mütter. Gesamthema: Das Schulkind.**

- Thema: Vorkursarbeiten für Schulfänger. Leiterin: Lehrerin Marianne Käthe Setz. Donnerstag, den 11., 18., 25. Oktober, 1. und 8. November 1928, 20 bis 21.30 Uhr, im Sozialpädagogischen Fraueneminar, Könißstraße 20. Karten für 5 Abende 3 Mt.
- Thema: Welche Bücher sollen meine Kinder lesen? Rednerin: Jugendleiterin Hedwig Sebart. Donnerstag, den 15., 22., 29. November, 6. und 13. Dezember 1928, 20 bis 21.30 Uhr, im Sozialpädagogischen Fraueneminar, Könißstraße 20. Karte für 6 Abende 3 Mt.
- Thema: Schulfängerkrankheiten. Rednerin: Stadtmehlschulärztin Dr. Lange-Kalkth. Stadtschulärztin. Donnerstag, den 17., 24., 31. Januar, 7. u. 14. Februar 1929, 20 bis 21.30 Uhr, im Sozialpädagogischen Fraueneminar, Könißstraße 20. Karte für 5 Abende 3 Mt. Karten für 10 Abende 4 Mt., für 15 Abende 5 Mt.

**III.**

**Arbeitsgemeinschaft für ehrenamtliche Helfer und Helferinnen in d. wohlfahrtspflegerischen Arbeit.**

Thema: Besprechung praktischer Fälle aus der wohlfahrtspflegerischen Arbeit. Leiterin: Wohlfahrtspflegerin Walburga Scharr. 10 Abende. Beginn: Mittwoch, den 9. Januar 1929, 19.15 bis 20.45 Uhr. Karte für 10 Abende 5 Mt.

Der Kartenerwerb findet statt: vom 24. September bis 31. Oktober 1928 in der Kanzlei des Sozialpädagogischen Fraueneminars, Könißstraße 20, und zwar Montags bis Freitags von 8 bis 13 Uhr und abends 17 bis 20 Uhr, Sonnabends von 8 bis 15 Uhr. Vom 31. Oktober 1928 an findet der Kartenerwerb täglich von 8 bis 15 Uhr statt. Schriftliche Bestellungen sind zu richten an die Kanzlei des Sozialpädagogischen Fraueneminars, Könißstraße 20.

# Ämtliche Bekanntmachungen

**Bad Lausitz Volksbegehren** "Panzerkreuzerverbote"  
Die von der kommunistischen Partei Deutschlands aufgestellten Eintragungslisten für ein Volksbegehren nach § 1 Nr. 3 des Gesetzes über den Volksentscheid sind beim unterzeichneten Stadtrat einzureichen und liegen vom 3. (Mittwoch) bis 16. (Dienstag) Oktober 1928 und zwar: vom 3.-6.10. von vorm 8-1/2 mittags, am 7.10. (Sonntag) von vorm 10-12, in Zimmer 7 des Rathauses, am 8 u. 9 von vorm 10-12 Uhr in der am Hof gegenüber dem Volksbegehren, vom 10-13.10. von vorm 8-1/2 mitt., am 14.10. (Sonntag) von vorm 10-12, am 15. u. 16.10. von vorm 8-1/2 mitt., in Zimmer 7 des Rathauses, zur Eintragung der Unterschriften aus. Nach § 35 des GeL über den Volksentscheid vom 27. 6. 1921 in der Fassung des zweiten GeL zur Änderung des Reichswahlgesetzes vom 31.12.1923 und nach § 78 des Reichs-Stimm-Ordnung vom 14.3.1924 ist zur Eintragung der Unterschriften nur zu schließen: a) wer in der zuletzt abgeschlossenen Stimmartei eingetragen ist, es sei denn, daß das Stimmrecht inzwischen verlorengegangen ist oder während der Eintragungsrufe ruht (als die „zuletzt abgeschlossene Stimmartei“ kommt die der Reichstagswahl vom 20. Mai d. J. in Betracht). b) wer einen Eintragungsschein hat (die gelehrt. Bestimmungen über die Ausstellung von Eintragungsscheinen können aus dem Anschlag am Ratse Brett ersehen werden). Berechtigt zur Eintragung in der Eintragungsliste ist, wer am Tage der Eintragung zum Reichstag wählen kann. Die Eintragungsberechtigten dürfen nur sich selbst, nicht etwa die Namen von Familienangehörigen oder die Namen anderer Personen in der Eintragungsliste eintragen.

Bad Lausitz, am 29. Oktober 1928.  
Der Stadtrat.

# Leihhaus-Versteigerung.

Die nächste Versteigerung beginnt am 3. Oktober 1928 mit Gold-, Silberwaren, Juwelen und Leihbibliothek aller Art.

**Tauha** Wegen Reinführung wird die hiesige Grenzstraße von der Portitzer Straße bis zum Gerichtshaus vom Montag, den 1. Oktober 1928, ab auf die Dauer von etwa drei Wochen für allen Durchgangsverkehr hiermit gesperrt. Stadtrat Tauha.

**Zahnpraxis**  
**Wilfert**  
Brüderstraße 10, II., Tel. 193 50  
Schöne persönliche Behandlung, bequeme Zahlungsweise  
Niedrige Prose

---

**Naumann**  
  
Unentgeltlichen Unterricht  
erhalten unsere verehrten Naumann-Kunden im Nähen, Sticken und Stopfen.  
Beginn der Nachmittags- und Abendkurse am 5. Oktober 1928.  
Anmeldungen hierzu sofort erbeten.  
**Osterwald G. m. b. H.,**  
Katharinenstraße 10.

Statt Karten. Allen Verwandten, Bekannten und Freunden besten Dank für die Blumen Spenden und das letzte Geleit beim Heim gange meines lieben Mannes und Vaters, Herrn  
**Max Diersch**  
Besonders Dank Herrn Theo Mayer für seine trostreichen Worte, dem Turn- und Sportverein Vorwärts, Leipzig-Süd, für sein letztes Geleit und die Kranzspende, und ebenfalls den Genossen der Altersabteilung.  
Leipzig C.I. Salomonstraße 18.  
Frau Luise verw. Diersch u. Robert Diersch nebst Angehörigen.

Statt Karten.  
Allen denen, die mit beim Beigange unseres teuren Entschlafenen  
**Hermann Winter**  
so überaus zahlreiche Beweise der Liebe und Verehrung für den Verstorbenen und herzliche Teilnahme entgegenbrachten, sowie für den herrlichen Blumen Schmuck und die Geldspenden meinen tiefgefühlten Dank. Besonderen Dank Herrn Sieg für seine trostreichen Worte. Zuvorigen Dank der Firma Dugo Schneider, seinen Kameraden der freiwilligen Fabrikarbeiterwehr für das ehrenvolle Geleit, den Mitarbeitern und -arbeiterinnen. Besonderen Dank auch seinen lieben Stadbrüdern und allen, die ihm das letzte Geleit gaben.  
Friede seiner Asche!  
Leipzig O 20, Dübelsstraße 8.  
Lina verw. Winter und Sinterbliebene.

Wenig getragen  
**Herrengarderobe**  
Maßarbeit  
sowie prima neue  
Anzüge, Smoking  
Ullster und Paletots  
Billigste Preise  
**Barth**  
Gr. Fleischergasse 1

---

Seidene  
  
Lampenschirme  
kaufen Sie  
direkt vom  
Hersteller zu  
enorm günstigen  
Preisen.  
Ferner:  
  
Messing-  
Zuglampe  
Mk. 15.50  
Seldenschirm  
Durchm. 60 cm  
Mk. 5.50  
**W. Doering**  
Hedwigstr. 9  
Auf Zögern ist nicht zu achten!

**FAMILIEN-NACHRICHTEN**

Nachruf.  
Am 25. September verschied unerwartet unser lieber Kollege  
**Wilhelm Höhne**  
Er gehörte mehrere Jahre der Betriebsvertretung an. Wir haben in ihm einen immer hilfsbereiten Menschen verloren. Namentlich in der Zeit der Inflation unseligen Andenkens, war er von früh bis spät auf dem Posten, um die Bedürfnisse der Belegschaft an Geld und Lebensmitteln zu befriedigen. Er hat sich im Herzen eines jeden Kollegen ein bleibendes Gedenken gesichert.  
Belegschaft der Landkraftwerke Rulkwitz

---

Nach schwerem Krankenlager verschied heute mittag 12 Uhr unser einziges Kind, unser innigstgeliebter, herzenszarter Sohn  
**Herbert Stecher**  
im Alter von 18 Jahren an einem schweren Herzerleiden, von welchem wir ihn nicht erretten konnten. - Nur für dich haben wir uns geopfert und alles gegeben und nun mußt du uns so früh in unserem großen Schmerz lassen.  
Schlafe nun ruhig! Deine gebrochenen Eltern  
Herm. Stecher  
Am 30. 9. 1928 und Frau Martha geb. Deubel.  
Beerd. Mittwoch, 13.30 Uhr, Friedh. Kleinschöder

Sonnabend, den 29. September, verschied schnell und unerwartet im Alter von 34 Jahren meine liebe Frau, Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Martha Schulz geb. Galler**  
Leipzig, Kochstraße 55  
In tiefer Trauer  
**Ernst Schulz nebst Tochter.**  
Einsäherung findet Dienstag, den 2. Oktober, 1/2 Uhr, statt.

  
„Wunderfull, sein das ein Schubplattler?“  
„Nee, Mister, dem hat eener auf die Hühneraugen getreten, der kennt noch kein „Lebewohl!““

\*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Ballenschuhe, Blochdose (5 Pfoster) 75 Pfg., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Blochdose und weisen andere, angeblich „ebenso gute“ Mittel zurück.

# Riesenpleite in Dänemark

## Der Staat und die Stadt Kopenhagen schwer geschädigt

SPD Kopenhagen, 29. September.

Die dänische Regierung ist bestrebt, noch vor dem Zusammentritt des Reichstags am Dienstag die Wiedereröffnung der zusammengebrochenen „Privatbank“ zu ermöglichen. Die drei anderen Großbanken, die der „Privatbank“ zum Teil nahesteht, haben sich inzwischen bereit erklärt, einen Teil des neuen Aktienkapitals aufzubringen. Es soll versucht werden, außer den 12 Millionen Kronen, die von dem Aktienkapital der „Privatbank“ noch vorhanden sind, neue 18 Millionen als Kapital zu erlangen. Die Hauptschwierigkeiten, die Wiedereröffnung der Bank zu ermöglichen, bestehen vorläufig darin, daß die Regierung die Haftung für das neu aufzunehmende Kapital übernehmen soll.

SPD Berlin, 28. September.

Dänemark ist seit Jahren das klassische Land der großen Bankpleiten. In aller Erinnerung dürfte noch der Zusammenbruch der Landmandsbank sein, die erst in diesem Sommer unter schwerstem Opfer des Staates, also der Steuerzahler, saniert werden konnte. Jetzt wird bekannt, daß die

zweitgrößte dänische Bank, die Kjöbenhavn Privatbank, rektungslos verfallen

ist. Bei einem Aktienkapital von 60 Millionen Kronen wird ein bereits jetzt festgestellter Verlust von 70 Millionen Kronen gemeldet. Ansonst haben Vertreter des dänischen Kabinetts, Angehörige der dänischen Nationalbank, der Notenbank, und Vertreter anderer Privatbanken eine Nacht lang beraten, ob der Zusammenbruch der Privatbank in Kopenhagen noch aufzuhalten sei. Die Bank mußte am anderen Morgen unter dem Ansturm der Einleger, die ihr Geld zurückverlangten, ihre Schalter schließen. Der Konkurs ist da!

Es ist fast unbegreiflich, wie die zweitgrößte Bank Dänemarks, die von zahlreichen Interessenten kontrolliert wird, plötzlich vor einem Riesenerlust von 70 Millionen Kronen und vor der Zahlungsunfähigkeit stehen kann. Aus den letzten Monaten ist lediglich bekannt geworden, daß die Kopenhagener Privatbank größere Verluste bei dem Zusammenbruch der Deswerke Teutonia in Harburg bei Hamburg erlitten hat. Die Teutonia gehörte der dänischen Aarhus Die-Gesellschaft an, deren Direktor im Zusammenhang mit dem Harburger Bankrott flüchtete, aber später verhaftet werden konnte. Der in Harburg erlittene Verlust macht immerhin nur einen Bruchteil der 70 Millionen Kronen aus, die von der Kopenhagener Privatbank jetzt als verloren gemeldet werden. Dadurch kann die Privatbank kaum erfüllt worden sein. Die Dinge scheinen vielmehr so zu liegen, daß die Verluste in Harburg das Maß zum Überlaufen brachten. Die allerletzten Ursachen für den Konkurs dürften aber in der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeitwirkungen zu suchen sein.

Während der Rezessionskonjunktur hat Dänemark seine Industrie übermäßig aufgebüht.

Die Großbanken machten hier ebenfalls mit. Als dann in der Nachkriegszeit eine Vereinigung industrieller Kräfte eintrat, stellten

sich die dänischen Banken nicht rechtzeitig darauf ein. Außerdem erlitten sie durch die veränderte ungünstige Lage in der Industrie und in der Landwirtschaft natürliche Verluste.

Bis in das Jahr 1928 hinein schien sich die Privatbank ziemlich gesellig zu haben. Vorher hatte sie insbesondere im Zusammenhang mit den dänischen Währungserschütterungen verschiedene Sanierungsaktionen durchzuführen. Im Jahre 1925 wurden Abschreibungen von über 25 Millionen Kronen und in den Jahren 1926 und 1927 Abschreibungen von je 4 Millionen Kronen notwendig. Immerhin konnte für diese beiden Jahre eine Dividende von 5 Prozent verteilt werden. Da die Dividendenausüttungen nicht sonderlich hoch und die früheren Verluste der Banken bekannt waren, mußte sich der Aktienkurs entsprechend entwickeln. Anfang 1928 standen die Privatbankaktien in Kopenhagen noch auf 88,5 Prozent. Auf Grund der Harburger Verluste sank der Kurs im Juni auf 68 und bis zum 26. September auf 66 Prozent. Dann kürzte er bis zum 28. September auf 59 und plötzlich auf 35 Prozent. Die Eingeweichten, diejenigen, die das Börsenterrain kannten, scheinen also doch einigermaßen Bescheid gewußt zu haben. Die Folge war, daß die anderen Banken rechtzeitig ihre Kredite kündigten und so mußte unter dem Ansturm der Einleger der Zusammenbruch erfolgen.

Wie bei allen großen Bankcrashes sind die Einleger, die kleinen Leute, die Gepesteten.

Die Einlagen bei der Privatbank dürften rund 200 Millionen Kronen betragen haben. Wieviel davon verloren sein wird, läßt sich heute nicht übersehen. Es wird allerdings behauptet — und solche Behauptungen werden bei jedem Konkurs reichlich verbreitet — daß die Einlagen durch andere Sicherheiten der Bank gedeckt seien. Wir möchten das bezweifeln; denn erfahrungsgemäß sinkt der Wert der Aktiven gewöhnlich nach einmal eingetretener Zahlungsunfähigkeit, und die Verluste stellen sich nachträglich immer höher heraus, als sie zunächst angegeben werden. Besonders bedauerlich ist, daß auch die

Stadt Kopenhagen an die Kopenhagener Privatbank eine Forderung von rund 27 Millionen Kronen hat.

Das kann dazu führen, daß die kürzlich in der dänischen Hauptstadt beschlossene Steuerermäßigung wieder in Wegfall kommen muß.

Die peinlichste Situation entsteht jedoch für Dänemark selbst. Dieser kleine Staat mit seinen insgesamt 382 Millionen Kronen Steuereinnahmen hat erst in diesem Sommer eine Riesenanleihe von 55 Millionen Dollar aufnehmen müssen, um die dänische Wirtschaft und die dänische Bevölkerung vor den außerordentlich großen Verlusten der dänischen Landmandsbank zu bewahren. Der Zusammenbruch dieser Bank, der 1922 erfolgte, brachte Gesamtverluste von über 500 Millionen Kronen; 6 Jahre mußte man sich um die Sanierung des Unternehmens bemühen. Der Staat büßte dabei allein 212 Millionen Kronen ein. Von dem neuen Aktienkapital mußte er 50 Millionen Kronen übernehmen, um die Bank wieder auf die Beine zu stellen. Außerdem war bis 1932 Garantie für alle Schulden der Landmandsbank zu leisten. Für den dänischen Staat dürfte es auf Grund dieser Vorgänge außerordentlich schwer sein, auch bei dem jüngsten Bankcrash wieder einzufpringen. Schließlich ist der Staat nicht der Finanzier für bank-

rotte Unternehmungen. Die Vereinigung muß aber kommen, wenn auch naturgemäß die Wirtschaft vorübergehend darunter leidet. Der erste Verlust ist auch hier der geringste.

Außer der dänischen Nationalbank (Notenbank) und der jetzt staatlichen Landmandsbank bestehen neben der Kopenhagener Privatbank noch drei andere dänische Großbanken. Somit ist zum mindesten für eine gewisse Bankenkonkurrenz in Dänemark gesorgt. In der neuen Zwangslage, in der sich der dänische Staat gegenwärtig befindet, kann er also ruhig erwägen, ob es nicht ratsam ist, eine der großen privaten Banken eingehen zu lassen. Damit trägt der dänische Staat nur der dänischen Industrie- und Agrar- kreise Rechnung, aus der das Land seit Jahren nicht heraus-

Die Dauerkrise bedingt geradezu die Konzentration des dänischen Bankgeschäftes.

zu kommen ist. In welchem Ausmaß deutsche Banken durch den Zusammenbruch der Kopenhagener Privatbank in Mitleidenschaft gezogen werden, läßt sich bisher noch nicht übersehen. In dem Zusammenbruch in Harburg sind die deutschen Großbanken zum Teil mit verhältnismäßig erheblichen Summen beteiligt. So hat eine unserer ersten D-Banken bei der Teutonia nicht weniger als rund 1 Million Mark verloren. Von dem Bankrott der Privatbank in Kopenhagen werden die deutschen Großbanken angegriffen nicht betroffen. Es soll sich hier in der Hauptsache um inländische Verluste handeln. Immerhin scheinen noch starke finanzielle Verpflichtungen der Kopenhagener Privatbank gegenüber den deutschen Banken zu bestehen, die aber überdeckt sein sollen.

## Zwei Zugunfälle in Spanien

TL Paris, 30. September.

Einer Madrider Meldung zufolge stießen zwei Züge in der Nähe von Madrigueras in der Provinz Jaen zusammen.

Bei dem Zusammenstoß wurden die Lokomotiven und ein Wagen der ersten Klasse fast völlig zerstört. Nach amtlichen Mitteilungen sind 12 Reisende ums Leben gekommen und 12 schwer verletzt worden. Späteren Nachrichten zufolge soll die Zahl der Toten 15, die der Verwundeten 65 betragen.

Von Cordoba gingen sofort nach Eintreffen der Nachricht von dem schweren Unglück Hilfzüge mit Werkzeugen, Sanitätsmaterial und Arbeitern ab. Der Direktor der Silbisenbahngesellschaft begab sich in einem Sonderzug von Madrid aus an die Unfallstätte.

TL Paris, 1. Oktober.

Wie aus Gibraltar gemeldet wird, ereignete sich am Sonntag vormittag bei Cordoba ein Zusammenstoß zwischen 2 Schnellzügen. 3 Personen wurden getötet und 15 ziemlich schwer verletzt. Bis 21 Uhr waren weder die Reisenden noch die für Gibraltar bestimmte Post angekommen.

## Auf ein Einsturzungsloch

WIB Saragossa, 29. September.

Bei dem Bau einer Eisenbahnlinie zwischen Saragossa und Camineal (Provinz Teruel) kürzte ein Tunnel ein. Acht Reisende sind bereits aus den Schuttmassen herausgeholt worden, andere Arbeiter liegen noch darunter begraben. Die Rettungsarbeiten sind in vollem Gange.



# OVERSTOLZ

wird nicht nur rationell fabriziert und sparsam verpackt, auch ihr Tabak wird besonders günstig eingekauft. Deshalb ist sie seit Jahren die meistgerauchte deutsche Zigarette.

Wenn im Herbst die Tabakeinkäufer aus aller Herren Länder in Cavalla sich um die Ernte des Jahres reissen, dann sichern wir uns für unsere OVERSTOLZ die duftstarken, goldgelben Blätter der besten Felder Macedoniens. Als einer der grössten Käufer geniessen wir dabei Vorteile, die es uns ermöglichen, selbst der 5 Pfennig-Zigarette OVERSTOLZ eine echt macedonische Mischungsbasis zu geben.

*Haus Neuenburg*  
• O • H • G •

# Lohnkämpfe in aller Welt

## Fünfzigtausend Werftarbeiter im Streit

III Hamburg, 1. Oktober.

Die Arbeit auf den Seeschiffswerften ist am Montagvormittag von den Werftarbeitern nicht wieder aufgenommen worden. Diese haben vielmehr der von der Gewerkschaft ausgehenden Streikparole in vollem Umfange Folge geleistet.

## Verbindlichkeits-Erklärung im Hamburger Hochbahnerkonflikt

SPD Hamburg, 29. September. Im Lohnkonflikt der Hamburger Hoch- und Straßenbahn hat der Schlichter in letzter Stunde, als die Urabstimmung der Hamburger Verkehrsarbeiter bereits im Gange war, die Parteien nochmals zu Verhandlungen berufen. Da auch diesmal eine Verständigung nicht zu erzielen war, fällte der Schlichter von sich aus einen verbindlichen Schiedsspruch, der den Verkehrsarbeitern einige bedeutsame Verbesserungen bringt. Die Arbeitszeit wurde um eine Viertelstunde herabgesetzt, ohne den Lohn, der sonst für die längere Arbeitszeit gezahlt wurde, zu vermindern. Weiter erhalten die Verkehrsarbeiter vom 1. Oktober an eine Lohnzulage von 1 Pfennig die Stunde. Das neue Lohnabkommen soll vom 1. Oktober 1928 bis zum 30. September 1929 Geltung haben. Bei Berücksichtigung der ohne Lohnverminderung gewährten Arbeitszeitverkürzung bedeutet dieser Schiedsspruch für die Verkehrsarbeiter eine Lohnerhöhung von etwa 7 1/2 Pfennig die Stunde. Gefordert waren 12 Pfennig die Stunde. Mit dieser Entscheidung ist es also nochmals gelungen, einen Streit der Verkehrsarbeiter im Groß-Hamburg-Gebiet abzuwenden.

## Streikbeschluss in Lodz

III Warschau, 30. September.

In Lodz fand Sonnabend eine Beratung zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter in der Frage der Lohn-erhöhung, die die Arbeiter infolge des am 1. Oktober abgelaufenen Lohnvertrages gefordert haben, statt. Während der Beratung ergaben sich große Schwierigkeiten, da die Vertreter der Industriellen in Erwiderung auf die vorgetragenen Forderungen der Arbeiter von vornherein erklärten, daß infolge der schwierigen Lage der Industrie eine Erhöhung der Arbeitslöhne nicht zu gestanden werden könne. Nach längerer Aussprache gab der Vertreter der Arbeiter eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß der ablehnende Standpunkt der Industrie eine Erbitterung unter der Arbeiterschaft hervorzurufen würde, die zu schweren Verwicklungen führen könnte. Tatsächlich

sand gleich am Abend nach der Konferenz eine Besprechung der Vertreter der Arbeiterverbände statt, in der der Beschluß gefaßt wurde, den Streik auszurufen. Die Festlegung des Zeitpunktes des Streiks ist bis Montag vertagt worden.

## Vor dem Generalfreist in Australien

III London, 30. September.

Der australische Ministerpräsident hat nach Meldungen aus Adelaide im Anschluß an Besprechungen mit den Polizeibehörden eine Erklärung veröffentlicht, in der er heißt, daß Maßnahmen getroffen würden, um allen möglichen Ausschreitungen der Streikenden zu begegnen. Die Polizei werde von den Werften nicht zurückgezogen werden.

Der Ausbruch eines Generalfreists im australischen Schiffbauergewerbe gilt nun als unvermeidlich. Die Seemannsunion hat sich bereits auf einer entsprechenden Konferenz mit dieser Möglichkeit befaßt und Vorbereitungen getroffen, um die Kontrolle der Bewegung in der Hand zu behalten.

## Kommunistische Streiks in Frankreich

SPD Paris, 1. Oktober.

Die Kommunisten geben sich nach wie vor die größte Mühe, die französische Arbeiterchaft in einen Generalfreist zu stürzen. Gestern haben sowohl die kommunistischen Bergarbeiter als auch die Metallarbeiter ein kurzfristiges Ultimatum mit einer Forderung nach Lohnerhöhung an die Unternehmer gerichtet. Außerdem ist den kommunistischen Textilarbeitern in Roubaix befohlen worden, sich heute dem Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich anzuschließen.

Der Sozialistische Gewerkschaftsbund, die CGT, nimmt in einer energischen Entschiedenheit gegen die unverantwortliche Scharfmacherpolitik der Kommunisten Stellung und fordert die Arbeiter auf, die Streikparole nicht zu befolgen, solange die Vermittlung, die der Ministerpräsident Poincaré versprochen habe, noch nicht ihren Zweck erreicht hat.

Im Textilarbeiterstreik in Souppines ist es zu schweren Zwischenfällen gekommen. Ein Kommunist gab auf den sozialistischen Bürgermeister mehrere Revolverschläge ab, ohne ihn zu treffen. Der Bürgermeister setzte sich entschlossen zur Wehr und schlug dem Revolverhelden eine letzte Platte über den Kopf. Der Angreifer trug eine blutende Verletzung davon und wurde verhaftet.

## Zerklüftung in der schwedischen Metallindustrie

III Stockholm, 29. September.

Das Uebereinkommen in der schwedischen Metallindustrie ist von beiden Parteien zum Ende dieses Jahres gekündigt worden. Die Kündigung erstreckt sich auf 50 000 Arbeiter.

## Sächsische Angelegenheiten

### Herr Weber verteidigt sich

Von allen Ministern unserer glorreichen sächsischen Koalitionsregierung hat es der Finanzminister Weber ohne Zweifel am schwersten. Er hat selber als Führer der Wirtschaftspartei maßlose Forderungen gestellt, die sachlich einfach unerfüllbar waren. Das hat er als Minister schnell eingesehen und sein früheres Programm Punkt für Punkt fallen lassen. Aber seine Freunde von der Wirtschaftspartei sehen das nicht ein. Und so muß sich der bedauerenswerte Minister immer wieder gegen heftige Angriffe zur Wehr setzen.

Küngst waren wieder auf einer Versammlung des Verbandes der Sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine in Riesa schwere Anklagen erhoben worden, daß die Realsteuer in Sachsen nicht gesenkt worden seien. Unter Bezugnahme auf diese Angriffe seiner eigenen Parteifreunde hat nun der Finanzminister einem Vertreter des Dresdner Anzeigers eine Unterredung gewährt, in der er sich über seine bisherige Finanzpolitik und seine künftigen Pläne äußert.

Gegenüber den Angriffen, die die Hausbesitzer gegen ihn gerichtet haben, er betreibe Sabotage der Realsteuerenkung, verweist er in längeren Ausführungen nachzuweisen, daß eine Möglichkeit zur Realsteuerenkung nicht vorhanden sei. Weber schiebt alle Schuld auf die ungenügende Reichsteuerüberweisung und auf den mangelhaften Umsatzzufluss, unter dem Sachfen besonders leidet. Die Erhöhung der Beamtenbesoldung, die Erhöhung des Wohnungsgeldes für die Beamten, die Schaffung der Arbeitsgerichte, die Kürzung der Reichsubventionen für die Polizei, geringere Ueberweisungen wegen der Lohnsteuereenkung (darauf verweist Weber stets mit besonderer Betonung) hätten jede Realsteuerenkung unmöglich gemacht. Ein Verlust von rund 15 Millionen sei zu verzeichnen. Wichtig ist, daß Weber feststellt,

daß die Stundungsverordnung für die Nichtssteuer dem Staate 3,2 Millionen entzogen

habe, die also glatt dem Hausbesitz zum Geschenk gemacht worden sind. Das Geschenk an die Groß-Hausbesitzer ist um so standalöser, als der Ausfall der Nichtssteuermittel mit dazu beigetragen hat,

daß für den Wohnungsbau 7,5 Millionen Mark weniger

zur Verfügung stehen. Die Wohnungslosen sind also die Leidtragenden. Weber erklärte stolz, es sei ihm gelungen, den Fehlbetrag des Haushalts in Höhe von 21,4 Millionen einzusparen, was aber nur auf Kosten der Kollektenden geschehen ist.

Gegenüber den Anforderungen seiner Parteifreunde, endlich den ersehnten und früher versprochenen Abbau der Realsteuern durchzuführen, erklärte Weber:

Man müsse schon zufrieden sein, daß keine Steuererhöhung eingetreten sei. Für die Zukunft verspricht er einen allmählichen Abbau der viel angefeindeten Schachtsteuer, aus der er nach und nach gewisse Gattungen herausnehmen wolle. Im Vorjahre habe die Schachtsteuer 12 Millionen Mark gebracht, im neuen Etat sei der Ertrag der Steuer nur noch mit 10,5 Millionen eingelegt. Weitere Besprechungen könne er nicht machen.

Diese Mitteilungen werden die Herzen von der Wirtschaftspartei kaum befriedigen.

### Ein böser Reinfall

Eine gehörige Abfuhr erlebte die kommunistische Partei dieser Tage in Dresden. Durch Rundschreiben an die Großbetriebe hatte man zu einer Versammlung mit dem Thema „Panzerkreuzer und Rinderpestung“ eingeladen. Auf 7 1/2 Uhr war die Versammlung angesetzt. Wie die Dresdner Volkszeitung mitteilt, waren um 8 1/2 Uhr einschließlich der Versammlungsleitung und dem mitgebrachten Stabe ganze 19 Personen anwesend. Und von denen war noch ein Teil Sozialdemokrat, die sich die kommunistische „Volksbewegung“ in der Nähe anschauen wollten. Angesichts dieses kläglichen Resultates zog es die Versammlungsleitung vor, die Versammlung überhaupt nicht zu eröffnen, sondern still und leise wieder zu verschwinden. Das war sicher auch das Beste, was die Leute tun konnten.

### Bürgerliche Einheitsfront zerbrochen

Wie unser Zwickauer Parteiblatt mitteilt, ist die deutschnationale Stadtverordnetenfraktion in Zwickau aus der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ausgetreten. Dieser Schritt erfolgte, weil die Demokraten der Bewilligung eines 500 000-Mark-Darlelehens für den Volksbauhaus zugestimmt hatten. Die Deutschnationalen erklärten dieses Verhalten der Demokraten für eine schwere Schädigung der bürgerlichen Interessen und wollten nun ihre Politik für sich machen. Der Zwickauer Arbeiterschaft kann das nur recht sein.

### Ein Montessori-Kinderheim in Dresden

In Dresden ist dieser Tage die Gründung einer Ortsgruppe der Montessori-Gesellschaft beschlossen worden. In aller nächster Zeit soll ein Montessori-Kinderhaus in Dresden eröffnet werden, für das nur noch die geeigneten Räumlichkeiten gefunden werden müssen. Alle andern Vorbereitungen sind bereits getroffen.

Dresden. Das Ende einer galanten Nacht. Ein Geschäftsmann von auswärts lernte hier in einer Gastwirtschaft zwei unbekannte Männer und eine Frau kennen, mit denen er längere Zeit sprach. Hierbei kam es auch zu Färslichkeiten. Diese Gelegenheit benutzte einer der Männer, um ihm von hinten aus der Hosentasche die Brieftasche, in der sich 60-70 Mk. befanden, herauszunehmen. Darauf verschwand die drei Unbekannten. Der Geschädigte erstattete sofort Anzeige. Bereits am andern Tage gelang es einem Kriminalbeamten, an Hand einer guten Personenbeschreibung, die Täter festzunehmen. Es handelt sich um einen 29 Jahre alten Kellner, einen 30 Jahre alten Rententempflinger und eine 21jährige Arbeiterin von hier. Sie gaben den Diebstahl zu. Das Geld hatten sie bereits gemeinsam verbraucht.

Ramenz. Opfer der Arbeit. In einem Steinbruch stürzte von einem Kran ein mehrere Zentner schwerer Steinblock, der einen Arbeiter so unglücklich traf, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Chemnitz. Eine wilde Schlägerei. Auf einem Neubau kam es kürzlich zu einer wilden Schlägerei unter Bauarbeitern, bei der Latzen, Bierflaschen und Messer eine Rolle spielten. Mehrere Beteiligten wurden erheblich verletzt. Einige der Raufbolde wurden verhaftet.

Einsiedel b. Chemnitz. Fische vor der Großstadt. In der hiesigen Umgebung treten die Fische immer dreister auf. Kürzlich wurde ein Landwirt beim Holzladen auf das Gezacker der Fische aufmerksam; ein Fuchs hatte einen Hahn aus dem Hof geholt. Einzelne Landwirte sind durch Fische um zahlreiche Fische besehten worden.

Rimbach. Selbstmord aus Scham. Wie berichtet wurde, unterlag eine Bankangestellte 50 000 Mk. Sie floh mit ihrer Mutter, beide wurden aber bald darauf verhaftet. Nach wenigen Tagen ist die Mutter aus der Haft entlassen worden. Aus Scham hat sich die Mutter in einem Teich ertränkt.

Glashütte. Zum Gedächtnis der Opfer der Hochwasserkatastrophe vom vorigen Jahre wurde hier ein Gedächtnisfest vollendet.

# Sächsische Gewerkschaften 1927

## 13,2 Prozent Mitgliederzunahme — 125 Ortsausschüsse — 12 Gewerkschaftshäuser

Lz. P. Die Jahrbücher des ADGB werden immer mehr zu Standardwerken der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In ihnen wird nicht nur das Auf und Ab der gesellschaftlichen Entwicklung im Berichtsjahre skizziert, sie geben auch ein klares Bild von den Bestrebungen der Gewerkschaften, die Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik zu beeinflussen. Darüber hinaus spiegeln die Jahrbücher auch die Stärke, das Wachstum und das innere Leben der Gewerkschaften wider.

Aus dem kürzlich erschienenen Jahrbuch des ADGB für das Jahr 1927 kann man, wenn man es aufmerksam durcharbeitet, auch von der sächsischen Gewerkschaftsbewegung, ihrem Umfang ihrer Arbeit und ihren Einrichtungen ein klares Bild erhalten. Wir wollen im folgenden das sächsische Material systematisch aneinanderreihen. Es legt Zeugnis davon ab, daß in Sachsen der gewerkschaftliche Pulsschlag ebenso lebhaft ist, wie in den anderen Bezirken Deutschlands.

Die sächsische Gewerkschaftsbewegung findet ihren zentralen Zusammenschluß im Bezirksausschuß Sachsen des ADGB. Dieser, der seinen Sitz in Dresden hat, nimmt unter den insgesamt 14 Bezirksausschüssen des ADGB nach der Mitgliederzahl der ihm angehörenden Gewerkschaften die 1. Stelle ein und die 5. Stelle nach der Zahl der ihm angehörenden Ortsausschüsse des ADGB. Die Aufgaben des Bezirksausschusses sind recht mannigfaltig. Er hat vor allen Dingen eine Fülle organisatorischer Arbeit zu erledigen. Das Budget des Bezirksausschusses Dresden verzeichnet für 1927 an Einnahmen 46 618 Mark, an Ausgaben 63 708 Mark. Eingenommen wurden 5752 Mark aus der Bundeskasse, 26 407 Mark Beiträge der Ortsausschüsse und 23 981 Mark sonstige Einnahmen. An Ausgaben waren zu verzeichnen für persönliche und sachliche Verwaltung 18 560 Mark, für Agitation 36 993 Mark.

Ueber die Bedeutung der Ortsausschüsse brauchen nicht viele Worte verloren zu werden. Der Bezirksausschuß Dresden umfaßt 125 Ortsausschüsse, davon haben 115 berichtet. Ihnen sind 1531 Gewerkschaftsorganisationen angeschlossen. Diese zählen insgesamt 611 271 Mitglieder, davon 137 514 weibliche und 22 036 jugendliche. Bemerkenswert ist, daß die Mitgliederzahl gegenüber der letzten Berichtsperiode um 13,2 Prozent gestiegen ist. Von den Ortsausschüssen wird eine große Zahl von Einrichtungen unterhalten. So 12 Gewerkschaftshäuser, 7 Bureaus der Ortsausschüsse, 12 Arbeitersekretariate, 54 Rechtsauskunftstellen, 78 Bibliotheken, 50 Bildungsausschüsse, 35 Jugendausschüsse und 41 Betriebsrätezentralen.

Die Ortsausschüsse, die berichteten, haben an Beiträgen 392 602 Mark eingenommen und an sonstigen Einnahmen, Ueber-schüssen von Festen usw., 88 248 Mark. Diese Beträge wurden für folgende Zwecke verausgabt: Agitation 28 373 Mark, Unterhaltung der Gewerkschaftshäuser und Versammlungsräume 15 147 Mark, Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen 88 542 Mark, Bildungszwecke 60 740 Mark, Verwaltungskosten 143 478 Mark, an den Bezirksausschuß 26 977 Mark, sonstige Ausgaben 85 000 Mark. Rund 35 Ortsausschüsse und Arbeitersekretariatsmitglieder waren hauptamtlich tätig.

Arbeitersekretariate bestehen in Annaberg, Bauhen, Chemnitz, Dresden, Freiberg i. S., Leipzig, Meißen, Plauen, Pirna, Riesa, Zittau und Zwickau. Wie bereits erwähnt, werden im Freistaat Sachsen 12 Gewerkschaftshäuser unterhalten. So u. a. in Bauhen, Borna, Dresden, Leipzig, Meißen, Plauen, Reichenbach. Die sächsischen Gewerkschaftshäuser sind durchweg Eigenbesitz der Arbeiterschaft. Gewerkschaftshäuser mit Hotelbetrieb bestehen in Leipzig und Plauen, mit Betriebsbetrieb in Leipzig und Reichenbach. Mit Versammlungsräumen und Restaurant sind die Gewerkschaftshäuser in Dresden, Leipzig, Borna, Plauen und Reichenbach versehen.

Die freigewerkschaftlichen Vertreter der Berfscherten in den Ausschüssen der Krankenkassen nach den allgemeinen Wahlen im Jahre 1927 belaufen sich für den Bezirksausschuß Dresden auf 7296, das sind rund 85 Prozent der Gesamtzahl aller Berfschertenvertreter. Daß die anderen Gewerkschaftsorganisationen in Sachsen ohne besonderen Einfluß sind, geht auch daraus hervor, daß die christlichen Gewerkschaften nur 257, die kirchlich-Dunkerschen

115 und die Werksvereiner 125 Vertreter in den Ausschüssen der Krankenkassen haben.

Aus der Tätigkeit des Bezirksausschusses ist noch hervorzuheben, daß seine Bestrebungen gegen die zu starke Verkürzung der Mindestlöhne bei der Beratung der Arbeitsräte in Sachsen anerkannt wurde. Eine Veränderung in der Besetzung konnte aber leider nicht mehr eintreten. Mit der sächsischen Regierung wurde mehrmals verhandelt, um diese zur beschleunigten Durchführung ihres Notstandsprogramms und zur weiteren Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten zu veranlassen. Die Regierung hat weiterhin auf Anregung des Bezirksausschusses die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen, gegen Ueberschreitungen der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit energisch vorzugehen. In Sachsen wurden 29 Kurse für Arbeiterlehrer und Professorenvertreter mit einer Unterrichtsdauer von je 8 bis 10 Doppelstunden durchgeführt. Außerdem wurde ein vierzehntägiger Kursus für Rechtsauskunftsteller abgehalten. In Sachsen wurden ferner unter dem Druck der Gewerkschaften 6 neue Gewerbeaufsichtsbereiche, darunter eine Bezirk, eingeteilt.

Damit ist das wesentlichste über die sächsische Gewerkschaftsbewegung des vergangenen Jahres berichtet. Viel Arbeit war zu bewältigen. Aber sie war nicht umsonst. Die Bewegung ist nicht stillgestanden, sie ist vorwärts geschritten. Doch damit ist nicht gesagt, daß nicht noch viel mehr getan werden kann. Es bestehen noch viele Lücken, die auszufüllen sind. So ist u. a. dem Ausbau der Arbeitersekretariate eine noch größere Aufmerksamkeit zu schenken, und die Errichtung weiterer eigener Heimstätten notwendig. Darum mit vermehrter Kraft an die gewerkschaftliche Arbeit!

### Tarifbewegung im Baugewerbe

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt, daß am Mittwoch, dem 3. Oktober, in Dresden die Verhandlungen mit den Bezirks-Arbeitgeberverbänden für das Baugewerbe wegen Schaffung eines Tarifvertrages für die kaufmännischen Angestellten beginnen.

### Zeistillegung der Zwickauer Waggonfabrik

SPD Die Zeistillegung der Zwickauer Waggonfabrik hat dieser Tage begonnen. Im Betriebe werden zunächst nur noch rund 150 Arbeiter weiterbeschäftigt. Die endgültige Stilllegung des Betriebes wird noch im Laufe dieses Jahres eintreten. Hunderte von Arbeitern werden nunmehr der Zwickauer Arbeitsmarkt belasten. Die Stilllegung der Zwickauer Waggonfabrik ist eine Auswirkung der Fusionsbestrebungen in der Waggonindustrie. Die Zwickauer Fahrzeugfabrik geht den Weg, den vor ihr die Zwickauer Metallfirmen Senbat u. Co., Kunze u. Co. und Hataz durch völlige Stilllegung und die Königin-Maria-Hütte sowie die Kubitzwerke durch Zeistillegung gegangen sind.

### Eisenbahnunfall in der Wsitz

III Kriegerlautern, 1. Oktober.

Heute um 5,31 Uhr stieß bei der Einfahrt in den Bahnhof Kriegerlautern-West der Personenzug 1325 mit dem Leertzug 1376 zusammen. Der zweite Wagen des Personenzuges schob sich in den ersten hinein.

Sis jetzt sind ein Toter und zwei Schwerverletzte sowie etwa sechs Leichtverletzte festgestellt.

Die Namen sind noch nicht bekannt. Auch über die Ursachen des Zusammenstoßes kann näheres noch nicht angegeben werden.







Was geht mi dös an?

Der Besitzer einer kleinen Gastwirtschaft erscheint vor dem Arbeitsgericht. Er wird von einer bei ihm mehrere Monate beschäftigt gewesenen Kellnerin auf Zahlung der Differenz zwischen tatsächlich verdientem und Tariflohn verklagt.

Becklagter: „Lohn schuldig? Der? Die kenn' ich gar nicht!“
Vorherr: „Ja, war denn das Fräulein bei Ihnen nicht beschäftigt?“
Becklagter: „War la Spur net! Wieso denn auch?“
Vorherr: „Sie haben doch dem Fräulein ein Zeugnis ausgestellt?“
Becklagter: „Ja, warum a net?“
Vorherr: „Hat das Fräulein bei Ihnen gearbeitet oder nicht?“

Der Richter gerät langsam in Verzweiflung, beugt sich für einen Augenblick erschöpft zurück und erucht dann erholungsbedürftig um schließliche Öffnung des Fensters. Danach beginnt er nach allen Regeln der modernen Pädagogik, dem Beklagten die Grundsätze des modernen Arbeitsrechtes zu erläutern.

Der Beklagte gerät langsam in Verzweiflung, beugt sich für einen Augenblick erschöpft zurück und erucht dann erholungsbedürftig um schließliche Öffnung des Fensters.

Die Szene ist wahr, sie ist mitterleibt: Es gibt in Deutschland Menschen, die noch nicht wissen, was ein Tarifvertrag und Arbeitsrecht ist.

Oktoberprogramm des UB

- Freitag, den 5. Oktober, Altes Theater, 20 Uhr: Der Held des Westerlandes, von Spange. (Rosafarbige Karten.)
Montag, den 8. Oktober, Neues Theater, 19,30 Uhr: Hoffmanns Erzählungen, von Offenbach. Freie Vorstellung für alle Bezirke.
Sonntag, den 14. Oktober, Städtisches Kaufhaus, 17,30 Uhr: Sven Scholander, Vleder zur Laute. Anrechtler 80 Pf., Nichtanrechtler 1,20 Mk., Jugendliche und Erwerbstote 40 Pf.
Montag, den 15. Oktober, Altes Theater, 20 Uhr: Oktobertag, von G. Kaiser. (Rote Karten.)
Freitag, den 19. Oktober, Neues Theater, 19,30 Uhr: Der Maskendall, von Verdi. (Gelbe und blaue Karten.)
Donnerstag, den 25. Oktober, Städtisches Kaufhaus: Kabarettabend.
Sonntag, den 28. Oktober, Albertshalle, 11 Uhr: Sinfonienkonzert.
Dienstag, den 30. Oktober, Altes Theater, 20 Uhr: Oktobertag, von G. Kaiser. (Grüne Karten.)

Vertreterversammlung des Konsumvereins

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hielt am Freitag seine ordentliche Halbjahresgeneralversammlung ab. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Genosse Degenkolb, gedachte zu Beginn der Versammlung des verstorbenen Genossen Heinrich Kaufmann und seiner Verdienste als Genossenschaftler und Volkswirtschaftler von internationalem Ruf.

Darauf berichtete der erste Geschäftsführer Genosse Fischer über das zurückliegende Halbjahr. Der Geschäftsbericht ließ den Vertretern gedruckt vor. Nach einer Uebersicht über die günstige Entwicklung der Genossenschaft — die in der Leipziger Volkszeitung vom 28. 9. eingehend behandelt ist — beschäftigte sich Genosse Fischer mit den Schwierigkeiten, die der Genossenschaft von ihren Gegnern bereitet werden.

Der Rat hat die Erwerbung der Mitgliedschaft in unserer Genossenschaft abgelehnt, trotzdem die Stadtverordneten den Beitritt zum Konsumverein beschlossen hatten. Wir wollen die Stadt Leipzig nicht deshalb als Mitglied, weil es uns darauf ankommt, ein Mitglied mehr zu zählen, sondern weil wir in der Lage sind, den Rat für seine Anstalten besser zu beliefern als andere.

Die Konsumvereinsbewegung sowie die gesamte Genossenschaftsbewegung der sozialistischen Arbeiterklasse ist in erfreulichem Aufstiege begriffen. Gerade der Konsumverein Leipzig-Plagwitz ist ein sprechender Beweis dafür. Daß auch die Arbeitergenossenschafts-einrichtungen noch allerhand vom Ideal weit abliegende Mängel aufweisen, liegt im Wesen der kapitalistischen Produktionsordnung begründet.

In der Auftrags- der Verwaltung legte Genosse Fischer der Vertreterversammlung eine Entschlüsselung vor, die eine weitergehende Aufwertung der Sparsparlagen des Konsumvereins bezweckt. Die Genossenschaft hält die Zeit für gekommen, den Sparern, die feinerzeit vor der Aufwertung ihre Guthaben abgehoben haben und deshalb nicht ausgewertet worden sind, nachträglich die abgehobenen Spargelder aufzuwerten.

In der Debatte über den beifällig aufgenommenen Geschäftsbericht wies Genosse Ehrhardt darauf hin, daß wohl noch manche Wünsche an die Genossenschaft zu stellen sind. Wir stehen aber heute vor dem Abschluß einer drei Jahre langen Aufbauperiode. 1928,

als die ersten Maßnahmen der Verwaltung zur Reorganisation in Erscheinung traten, kamen aus den Kreisen der Verbraucher und auch der Gewerkschaften manche Proteste. Das war damals erklärlich. Aber heute zeigt sich doch, daß die Verwaltung das gesteckte Ziel erreicht hat. Genosse Ehrhardt verwies auf den Kampf des Großhandels gegen die gemeinwirtschaftlichen Betriebe und die Genossenschaften. Auch der Einzelhandel sei gezwungen, eine ganze Reihe seiner Aufgaben im genossenschaftlichen Verbände zu regeln.

Der Kommunist Reichenweder erkannte ebenfalls die Fortschritte des Konsumvereins und die Leistungen der Verwaltung an. Die von der Verwaltung vorgelegte Aufwertungsentwässerung wurde einstimmig angenommen. Die auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt. Dann folgte die Klärung der Gehaltungen, die nach Annahme der Anträge von Reichenweder und Genossen in der Fassung der Verwaltung beschlossen wurde.

Die Konsumvereinsbewegung sowie die gesamte Genossenschaftsbewegung der sozialistischen Arbeiterklasse ist in erfreulichem Aufstiege begriffen. Gerade der Konsumverein Leipzig-Plagwitz ist ein sprechender Beweis dafür. Daß auch die Arbeitergenossenschafts-einrichtungen noch allerhand vom Ideal weit abliegende Mängel aufweisen, liegt im Wesen der kapitalistischen Produktionsordnung begründet. Inmitten des brandenden Ozeans kapitalistischer Wirtschaftsordnung haben genossenschaftswirtschaftliche Unternehmungen einen harten Kampf zu führen. Sie sind an die kapitalistischen Preisbildungs- und Lohngebote gebunden. Sie können weder die Arbeits- und Lohnbedingungen der von ihnen beschäftigten Arbeiter noch sozialistischen Grundfragen gestalten, noch in der Preisbildung sich von den durch den Kapitalismus kommandierten Gesetzen allzuweit entfernen.

Lügenvolksstaat

Die Wahl des Oberregierungsrats Genossen Dörm Schulze zum dritten Bürgermeister von Leipzig wird vom Volksstaat zu einem schmutzigen Angriff gegen den Genossen Schulze und zu einer durch und durch verlogenen Darstellung über die „Vorgeschichte dieser Wahl“ benutzt.

Die Bürgerlichen reaktionären Blätter diesen Fetthappen mit Schergen nach, so die Leipziger Neuesten Nachrichten und der Dresdner Anzeiger. Der Volksstaat schreibt: „Der Oberregierungsrat Schulze gehört zu den Klassenkämpfern neuester Couleur. Wie wir hören — und das ist ganz zuverlässig — hatten sich nämlich mehrere Bewerber gemeldet, und einer fand besonders den Beifall der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.“

Der Volksstaat schreibt: „Der Oberregierungsrat Schulze gehört zu den Klassenkämpfern neuester Couleur. Wie wir hören — und das ist ganz zuverlässig — hatten sich nämlich mehrere Bewerber gemeldet, und einer fand besonders den Beifall der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.“

Der Volksstaat schreibt: „Der Oberregierungsrat Schulze gehört zu den Klassenkämpfern neuester Couleur. Wie wir hören — und das ist ganz zuverlässig — hatten sich nämlich mehrere Bewerber gemeldet, und einer fand besonders den Beifall der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.“

Der Volksstaat schreibt: „Der Oberregierungsrat Schulze gehört zu den Klassenkämpfern neuester Couleur. Wie wir hören — und das ist ganz zuverlässig — hatten sich nämlich mehrere Bewerber gemeldet, und einer fand besonders den Beifall der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.“

Der Volksstaat schreibt: „Der Oberregierungsrat Schulze gehört zu den Klassenkämpfern neuester Couleur. Wie wir hören — und das ist ganz zuverlässig — hatten sich nämlich mehrere Bewerber gemeldet, und einer fand besonders den Beifall der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.“

Der Volksstaat schreibt: „Der Oberregierungsrat Schulze gehört zu den Klassenkämpfern neuester Couleur. Wie wir hören — und das ist ganz zuverlässig — hatten sich nämlich mehrere Bewerber gemeldet, und einer fand besonders den Beifall der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.“

für den Genossen Schulze. Diefem Beschluß der Stadtverordnetenfraktion trat der Unterbezirksvorstand einstimmig bei. Die Sache hat sich also gerade umgekehrt abgespielt, wie sie der Volksstaat schildert.

Selbstverständlich ist es eine freche Lüge, wenn der Volksstaat behauptet: „In der entscheidenden Sitzung ist ausdrücklich erklärt worden, es komme weniger darauf an, was einer leistet, sondern mehr darauf, wie er eingestellt ist.“

Ebenso hat sich der Volksstaat die Behauptung aus den Fingern gelogen, daß Genosse Liebmann gesagt habe: „Severing'scher Geist darf nicht nach Sachsen.“

Was macht's dem Volksstaat aus, daß er wieder eine Anzahl fetter Lügen in die Welt geschickt hat? Die bürgerliche Presse hat die Lügen übernommen und wird sie sowenig wie der Volksstaat aus eigener Entschlüsselung berichtigen.

Ausstellung „Die richtige Ernährung“

Am Sonnabend ist die im Ringelshaus zu Leipzig untergebrachte Ausstellung „Die richtige Ernährung“ im Beisein von Vertretern der städtischen und städtischen Behörden sowie zahlreicher Vereine eröffnet worden. Die Ausstellung zeigt auf breitem Raume den Weg, den man zu gehen hat, um die zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel durch Zubereitung richtig auszunutzen und auch den Weg, auf dem mit geringsten Kosten eine nahrhafte Mahlzeit hergestellt werden kann.

Billige Theaterkarten für Jugendliche

Zu der am Dienstag, dem 9. September, im Alten Theater gebotenen Aufführung „Und das Licht scheint in der Finsternis“ von Leo Tolstoj stellt das Jugendamt den Jugendlichen der anerkannten Leipziger Jugendorganisationen Karten zum Preise von 50 Pf. für alle Plätze außer 3. Rang und solche zu 20 Pf. für Plätze des 3. Ranges zur Verfügung. Ueber die Plätze entscheidet das Los. Die Karten können in der Geschäftsstelle des städtischen Jugendheimes, Leipzig-Mitte, Töpferstraße 2, entnommen werden. Dienstags und Donnerstags in der Zeit von 15 bis 21 Uhr, Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends in der Zeit von 8 bis 15 Uhr. Ausweis über die Zugehörigkeit zu einer Jugendgruppe ist vorzulegen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese verbilligten Theaterkarten nur für Jugendliche Gültigkeit haben, für Erwachsene nur insofern, als sie im Besitze des Führerausweises der Deutschen Reichsbahn sind. Dieser Ausweis ist auch in das Theater mitzubringen. Kartenverkauf erfolgt ab Dienstag, den 2. Oktober.

UBJ. Der Kulturwille Nr. 10 ist erschienen und in den Verkaufsstellen zu haben.

## Wo ruft die Pflicht?

Ortsvereinsvorstände der SPD Groß-Leipzig.

Zum Tag der Alten. Die Liste für die Alten muß unwiderruflich Mittwoch, den 3. Oktober, geschlossen werden. Bis dahin bitten wir die Nachzügler ihre Meldungen einzusenden.

### Funktionäre.

Großhoyer. Morgen, 20 Uhr, im Ratskeller, wichtige Funktionärversammlung.

Großhoyer. Parteivorstand und Funktionäre Mittwoch, den 3. Oktober, 20 Uhr, im Alten Schützenhaus, außerordentlich wichtige Sitzung.

Kreuditz. Alle Funktionäre besuchen am Mittwoch, 3. Oktober, 19,30 Uhr, den Vortrag über Sozialversicherung im Angersbüschchen.

### Frauen.

Möckau. Mittwoch, 3. Oktober, 20 Uhr, im Ratskeller, spricht Gen. Reich. Lehmann: Unsere Krankenhäuser, wie sie sind und wie sie sein sollen.

Plagwitz-Lindenauschleusen. Montag, 1. Oktober, 20 Uhr, im Schloss Lindensfels, Vortrag des Gen. Feiger: Abtreibung vom gesundheitlichen, ärztlichen und juristischen Standpunkt aus.

Hörnberg. Dienstag, 2. Oktober, 20 Uhr, im Himmelreich, Vortrag der Genossin Strobel über: Unfreiwillige Mutterschaft.

Connewitz. Dienstag, 2. Oktober, 20 Uhr, im Feldbüschchen: Ferienberichte einiger Genossinnen.

Großhoyer. Dienstag, 20 Uhr, im Turnerheim, Frauenabend.

### Gemeinschaft Kinderfreunde.

Die Helfer von Südweselschütz treffen sich heute Montag, 19,30 Uhr, im Volkshaus, neues Café, zur Aussprache.

West-Bezirk. Wir treffen uns Dienstag, 15 Uhr, auf der Sachfenwiese, wenn es regnet, 14 Uhr am Lindenauser Markt.

### Mitgliederversammlungen

Westen I. Morgen Dienstag, 2. Oktober, 20 Uhr, bei Donath, Promenadenstraße 31. 1. Wichtige Parteiangelegenheiten. 2. Unsere Bildungsarbeit. Die jungen Genossinnen und Genossen sind besonders eingeladen.

Leipzig-Ost. Die Einzeichnungslisten für den Bezirkskongress in Rahlers Festsaal, Beginn am Dienstag, 9. Oktober, und für die Bezirkskongress im Volkshaus liegen in der Volkszeitungsfiliale in Volksmarsdorf, Elisabethstraße 19, aus.

Plagwitz-Lindenauschleusen. Mittwoch, den 3. Oktober, 20 Uhr, im Lindensfels, Parteivorstand: Vortrag des Genossen Dr. Riemann über Sozialdemokratie, Kirche und Religion.

## Unfälle in Leipzig

Infolge der Kälte getötet. Am Sonntagabend, in der 22. Stunde, stürzte am Ring, infolge der Kälte, zwei hintereinander fahrende Motorradfahrer mit Sozius. Während der eine Motorradfahrer unverletzt blieb, erlitt der zweite Fahrer eine Kopfverletzung, die von einem in der Nähe wohnenden Arzt genäht werden mußte. Das auf dem Sozius sitzende 18jährige Mädchen kam mit einigen Hautabschürfungen davon.

Gasvergiftung. Heute gegen 1/4 4 Uhr wurde ein 17 Jahre alter Laborant in seiner elterlichen Wohnung in der Möderrischen Straße 29 gasvergiftet aufgefunden. Augencheinlich liegt ein Unfall durch Unachtsamkeit vor, indem der Laborant den Hauptkahn der Lampe aufstellte und dann an Stelle des Kleinflesters wieder der Hauptkahn aufbrach. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus St. Georg geschafft.

Von der Leiter getötet. In einem Grundstück der Neustädter Straße stürzte am Freitag eine 71 Jahre alte Frau von einer nach dem Trockenboden führenden Leiter. Mit einem Schädelbruch wurde sie nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht.

Vom Motorrad gestürzt. Am Donnerstag, gegen 17 Uhr, stießen an der Ede West- und Plagwitzer Straße zwei Kraftfahrer zusammen. Beide wurden vom Rade geschleudert und erlitten schwere Hautabschürfungen an Händen, Beinen und im Gesicht. Einer von ihnen, Paul Laue aus Deltitzsch, mußte nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht werden.

## Familientragedie in Leipzig

In Leipzig-Connewitz ereignete sich am Sonntag eine Familientragedie, die ein Todesopfer forderte. Die 23jährige Hedwig Freyberg, die mit ihrem teuflischen Stiefvater, dem 62 Jahre alten landwirtschaftlichen Arbeiter Johann Göll, zusammenwohnte, hatte schwer unter dessen Mißhandlungen zu leiden. Nachdem er am Freitag auf sie mit einer Fußkugel eingedrungen war, suchte er sie am Sonntag im Verlauf eines Streites zu würgen. Das Mädchen wehrte sich mit einem Küchenmesser und verletzte dem Angreifer einen Stich in den linken Unterarm, der die Schlagader öffnete. Bevor ärztliche Hilfe herbeigerufen werden konnte, ist der Arbeiter verblutet. Das Mädchen wurde in Untersuchungshaft genommen.

## Der Flugtag in Mookau wegen Regens abgefaßt

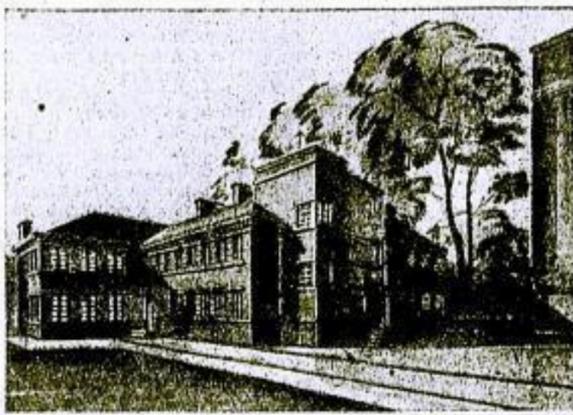
Die für gestern geplanten Flugvorführungen der beiden Kunstflieger Doret und Fieseler wurden gestern früh wegen des anhaltenden Regens abgefaßt. Doret war pünktlich eingetroffen, ist aber, da der angekündigte Westwind mit Fieseler nicht ausgetragen werden konnte, mit seinem Flugzeug wieder nach Paris zurückgefliegen. Die Veranstalter haben wegen der vorgerückten Jahreszeit darauf verzichtet, einen neuen Termin für die Vorführungen anzusetzen. Die gegenwärtige Wetterlage bietet zu wenig Aussicht, eine solche Veranstaltung noch in diesem Jahre zum guten Ende zu bringen.

Kino im Volkshaus. Ab Montag und folgende Tage läuft im großen Saal des Volkshauses der Film „Die letzte Droste von Berlin“. Die charakteristische Erscheinung des Berliner Drostenkutschers mit dem lackierten Zylinder, dem blauen Mantel mit den silbernen Knöpfen ist aus dem Straßenbild hinweggefegt. Das Tempo der Neuzeit hat dies bewirkt. Nicht ohne Tragik ist diese Umwälzung im Verkehr vor sich gegangen. Das Zeitbild, welches hier im Film entworfen ist, ist so lebenswahr, daß der Zuschauer jede einzelne Szene wirklich miterlebt. Lupu Vid als Darsteller des pathologischen Drostenkutschers Lüdecke hat sich damit selbst überboten.

Die Direktion des Schauspielhauses schreibt: Wegen der bevorstehenden Aufführung von Ferdinand Bruckners „Krankheit der Jugend“ (1. literarischer Abend der Winterspielzeit) sind an die Direktion des Schauspielhauses verschiedene Schreiben gerichtet worden, deren Inhalt schwere Störungen der Vorstellung befürchten läßt. Da es sich um ein Werk handelt, dessen tiefer künstlerischer Wert von der gesamten deutschen Presse anerkannt worden ist, will die Direktion es jedoch den Zufällen eines stürmischen Theaterabends nicht ausweichen. Sie warnt deshalb ausdrücklich vor Störungen und setzt von den Besuchern der Vorstellung voraus, daß ihnen das Thema des Stückes Krankheit der Jugend nicht von vornherein Anlaß gibt, Anstoß zu nehmen.

# Städtische Speiseanstalten

Den Armen der Armen sollen sie dienen und wie sehr tut gerade diesen ausgehungerten Menschen ein angenehmes Heim not, in dem sie die bescheidene Mahlzeit einnehmen. Seit fast 80 Jahren ist in Leipzig der Verein „Städtische Speiseanstalten“. Aus einer Stiftung entstanden, haben die Städtischen Speiseanstalten diesen Charakter bis heute bewahrt, wiewohl sie in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden stehen. Wenn man von allem philanthropischen Schmutz abstricht, der sich ziemlich selbstverständlich um solche Einrichtungen legt, dann bleibt doch die an-



erkennenswerte Tatsache besteht, daß von den Städtischen Speiseanstalten in Leipzig dank der kommunalen Unterstützung mit bescheidenen Mitteln recht gutes geleistet worden ist.

Die kommunale Unterstützung bezieht sich nur auf die Verwaltung und die zur Verfügung gestellten Räume, das in den Speiseanstalten bereitete Essen wird aus eigenen Mitteln aufgebracht. Es gibt jetzt in Leipzig acht Speiseanstalten und ein Speiseheim („Mittelstandsküche“). 25 Pfennig kostet die Portion (15 Pfennig die halbe) in den Anstalten, 40 Pfennig in dem Heim in der Großen Fleischergasse.

Durch den Abbruch des Alten Johannis-Hospitals mußte die Speiseanstalt I ein neues Heim beziehen. Von der Stadt wurde hierfür in der Inselstraße 17 ein Gebäude völlig neu hergerichtet. Am Sonnabend ist die neue Speiseanstalt I übernommen worden. Das ist wirklich ein Heim, das allen Ansprüchen gerecht ist. Schöne, helle Räume, Tisch mit Stühlen (die Speiseanstalten sind reiflos besetzt), die Küche mit den modernsten Kochtischen und hygienischen Einrichtungen ausgestattet und das alles, wie unser Bild zeigt, nicht ganz so treffend zu zeigen vermag, wie es in Wirklichkeit ist, in einem schönen Haus untergebracht, das auch äußerlich einen freundlichen Eindruck macht.

Die Wünsche, die bei den Eröffnungsgesängen geäußert wurden, daß auch die anderen Speiseanstalten bald in solchen Heimen untergebracht würden, möchten auch wir unterstützen. Der bisherige Vorsitzende der Wirtschaftsektion der Speiseanstalten, Stadtrat a. D. M a n e t, mußte sein Amt wegen Ueberföderung nach Berlin niederlegen. In der geschäftlichen Versammlung wurde an seine Stelle Genosse Stadtrat Alfred Dieke gewählt. Wirtschaftsleiter Dettich und Hauptkassierer Catef wurden wiedergewählt.

# Fanfane des Kapitalismus

Dieser, der Gewerkschafts-Zeitung, Organ des ADGB, vom 29. September, entnommene Artikel zeigt, wie sehr vom ADGB die von uns bereits ausgesprochene Auffassung geteilt wird, daß der Sinn des Bankertages die Bildung einer kapitalistischen Einheitsfront gewesen ist.

Es kann wohl keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß die Kölner Tagung der deutschen Bankiers zur Klärung der wichtigsten Fragen des Bankgewerbes herzlich wenig beigetragen hat. Woher dann aber die Begeisterung, mit welcher ein Teil der Presse über diese Tagung geschrieben hat? Die beste Antwort auf diese Frage finden wir in dem „Nachwort“, das die Deutsche Bergwerkszeitung dem Bankertage gewidmet hat. „Man muß“, schreibt dieses schwerindustrielle Blatt, „den deutschen Bankiers Dank wissen, daß sie sich auf ihrer Kölner Tagung in so deutlicher Weise zu den privatwirtschaftlichen Grundlagen unserer Wirtschaft bekennen und jedes Zugeständnis an den schleichenden Sozialismus unmissverständlich ablehnten.“

Eine erneute Kampfanlage gegen die öffentliche Wirtschaft, die Verherrlichung des Kapitalismus in seiner reinen Form, feindselige Haltung gegen die Sozialversicherung, die schlechteste, verkehrte Forderung, die Steuerlasten womöglich auf die breiten Massen abzumäßen.

— das alles ist gewiß nicht neu, wurde aber auf dem Bankertage mit so viel Schönrederei, mit einem solchen idealtypischen Liebhaberpathos serviert, daß die Verhandlungen dieser Tagung zum Teil wirklich ungewöhnlich gewirkt haben. Einer von den begabtesten Berichterstattern hat die Rede von Jakob Goldschmidt als „Fanfare des Kapitalismus“ bezeichnet. Diese Bezeichnung trifft das Richtige. Denn von Fanfaren pflegt man keinen tieferen Sinn, keine bedeutenden Gedanken zu erwarten, sondern nur feierlichen Lärm. Und ein solcher war denn auch diese Rede des erfolgreichen Großbankiers, die noch dazu als der Höhepunkt der Tagung angesehen werden kann.

Die Arbeiterschaft darf jedoch den feierlichen Lärm dieser Tagung nicht unbeachtet lassen. Es ist kein Zufall, daß die schwerindustrielle Deutsche Bergwerkszeitung in ihrer Begeisterung über diese Tagung keine Grenzen findet. In Köln hat in dem Kampfe um die Wirtschaftsform eine

Rundgebung für die kapitalistische Einheitsfront stattgefunden, in die Fanfaren des Bankertages Klang der Kampfes gegen das drohende Vordringen der Wirtschaftsdemokratie hinein. In diesem Sinne war

Köln eine Antwort auf Hamburg, was auch in den Kommentaren der kapitalistischen Presse ausdrücklich betont wurde. Schon im ersten Referat, das Louis Hagen über „Deutschlands Finanzwirtschaft zu Beginn des fünften Jahres des Dawes-Plans“ hielt, befanden sich folgende, in ihrer Art klassisch geäußerte Sätze:

„Für die Frage der produktiven Verwendung der im Auslande aufgenommenen Kredite mag der unmittelbare Verwendungszweck nicht immer das Entscheidende sein... Das eine jedenfalls muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden: die von den öffentlich-rechtlichen Verbänden aufgenommenen Anleihen müssen immer als unproduktiv angesehen werden, wenn sie zwecken dienen, die auf eine Konkurrenz gegenüber der Privatwirtschaft hinauslaufen.“

Durch diese Äußerung wird eine erfreuliche Klarheit geschaffen. Es ist nichts anderes als eine Heuchelei, wenn man sich gegen die Auslandsanleihen der Kommunen mit der Begründung wendet, daß die Kommunen das geliehene Geld für unproduktive Zwecke ausgeben. Diese Anleihen werden deshalb bekämpft, weil sie der Fortsetzung oder Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit der öffentlichen Hand dienen, einer Tätigkeit, die immer eine Einschränkung der Privatwirtschafts bedeuten. Man muß wahrhaftig „den deutschen Bankiers Dank wissen“, daß sie in so deutlicher Weise jedes Zugeständnis an den schleichenden Sozialismus ablehnen! Daß Louis Hagen sich auch gegen „die verderblichen Folgen einer zwangsweisen Lohnerhöhung“ wendet, war für diese Tagung selbstverständlich. Er hat aber auch

direkt den Lohnabbau gepredigt.

Natürlich mit der Begründung, daß die Arbeiter dadurch nichts verlieren würden, da „es hierbei nicht auf die ziffernmäßige Höhe des gerechten Lohnes, sondern auf seine Kaufkraft“ ankommt.

Der ziffernmäßige Abbau der Löhne würde durch die darauf folgende Senkung der Preise wieder das alte Realeinkommen gewährleisten, die Ausfuhr der Fertigwaren erhöhen, andererseits die Umsätze und Gewinne und damit auch die Steuereingänge ziffernmäßig vermindern.

Diese tiefe volkswirtschaftliche Weisheit war aber nur ein bescheidenes Vorspiel zu den Fanfaren von Jakob Goldschmidt, den der gleiche Louis Hagen selbst als „Primadonna“ der Tagung gekennzeichnet hat. Eine „Primadonna mit Fanfaren“ ist zwar ein merkwürdiges Bild; Primadonnen pflegen ja nicht Fanfaren zu blasen, sondern kunstvolle Arien mit hohen Tönen zu singen; dieses Bild paßt jedoch ausgezeichnet für die Kunst, die Herr Goldschmidt gezeigt hat. Er hat keine Rede mit einigen schönen Passagen geschmückt, wie sie in jede Primadonnen-Arie hineingehören. So

sprach er zum Beispiel davon, daß „das Streben der Arbeitnehmer nach größerem Anteil an dem Ertrag der Wirtschaft“ nicht bekämpft werden darf. Weiter erklärte er, daß es „in der Welt niemals wieder eine kapitalistische, noch eine sozialistische Gesellschaftsordnung in Reinkultur geben“ wird. Und natürlich war er sehr arbeitnehmerfreundlich und hat versucht, den Arbeitern die verlockendsten Perspektiven des Aufstiegs zum „neuen Mittelstand“ zu zeigen — zu dem neuen Mittelstand, „der die Gesehe und die Wohlstan des privatwirtschaftlichen kapitalistischen Systems aus eigener Erfahrung heraus rechtfertigen und würdigen wird.“ Er hat versichert, daß „die Unternehmerrschaft schon aus Klugheit und im eigenen Interesse sozial eingestuft ist“.

Trotz all dieser Versicherungen war seine Rede nichts anderes als eine „Fanfare des Kapitalismus“, die in der Verurteilung der öffentlichen Wirtschaft, in der Forderung nach Einschränkung der sozialen Fürsorge und in den Auslassungen gegen die „täglich sich steigenden Forderungen der Arbeiterschaft

gipfelte. Daher der stürmische Erfolg dieser Rede, daher die Begeisterung der Deutschen Bergwerkszeitung und ähnlicher Organe. Herr Goldschmidt hat sich den Beifall von dieser Seite schon gesichert, als er mit einer sehr oberflächlichen Kritik gegen Schmalenbach „schlüssig“ erlegte u. a., daß die Ausführungen Schmalenbachs (gemeint sind die Ausführungen über gebundene kapitalistische Wirtschaft) in der Form, wie sie vorgetragen sind, wie ein Schlagwort wirken, das einen politischen Beigeschmack nicht entbehrt. Goldschmidt selbst jedoch hat eine ganze Reihe von Schlagworten mit starkem politischem Beigeschmack geprägt. Vor allem gilt das für den Satz: „Der Staat sollte nicht in der Wirtschaft, sondern über der Wirtschaft stehen.“ Goldschmidt hat diesen Satz selbst kommentiert: „Es geht nicht an, daß der Staat in zunehmendem Maße zum bestimmenden Faktor in unserem Wirtschaftsleben geworden ist; und weiterhin hat er seinem „Grausen vor staatswirtschaftlicher planmäßiger Betätigung“ Ausdruck gegeben. Ein anderes und ebenfalls kein neues Schlagwort war es, wenn Goldschmidt, als er die Kartelle und Trusts gegen ein „zu früheres und zu weitgehendes“ Eingreifen des Staates in Schutz nahm, die gewerkschaftliche Kritik an den kapitalistischen Monopolen mit der Bemerkung abtat: „Merkwürdig ist übrigens, daß die Angriffe gegen die Kartelle gerade von den Gewerkschaften ausgehen, obwohl diese die Arbeiterschaft in einem Maße monopolisiert haben, das die Kartellierung der Industrie erheblich übersteigt.“ Das schlimmste von seinen Schlagworten war aber dasjenige, in dem er erklärt, daß er der öffentlichen sozialen Fürsorge „das in Amerika herrschende System“ vorzieht, „das sich lediglich auf die Lohnzahlung, und zwar auf den Leistungslohn konzentriert“. Oder will vielleicht Herr Goldschmidt vorschlagen, daß die deutschen Arbeiter auf die staatliche Sozialversicherung verzichten, dafür aber zwei- oder dreimal so hohe Löhne wie jetzt bekommen sollen? Das amerikanische System soll deshalb so gut sein, weil „es das Individuum zum Nachdenken über sich, über seine Arbeitsleistung, über sein Leben bringt, weil es ihm selbst Verantwortung auferlegt, aus seinem Arbeitskapital (!!) heraus für sich und seine Familie zu sorgen.“ Wir können Herrn Goldschmidt versichern, daß das „deutsche System“ zum Nachdenken Stoff genug gibt, daß aber die Arbeiter, um für ihre Familien zu sorgen, weniger Nachdenken als gute Verdienste brauchen.

Die angeführten Stichproben kennzeichnen sowohl die Tendenz, wie auch das Niveau von Goldschmidts Ausführungen, für die er von der kapitalistischen Presse so hoch gepriesen wird. Wahrhaftig ein Armutzeugnis für die Gedankenwelt dieser Kreise! Eine weitere Auseinandersetzung mit diesem Teil der Kölner Veranstaltung erübrigt sich; liegt doch kein Interesse nicht in seinem sachlichen Inhalt, sondern in seiner

politischen Tendenz, die auf einen Verzicht hinauszielt, eine breite Einheitsfront des Unternehmertums ideologisch zu fertigen, um ihr eine Anziehungskraft auch für den „sparenden Mittelstand“ zu verschaffen.

## Neue Beschlüsse der Reichspost

WB Berlin, 29. September. Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost beriet in seinen Sitzungen vom 28. und 29. September mehrere wichtige Vorlagen. Er stimmte insbesondere der Herabsetzung von Fernspreckgebühren zu, wonach die Bezahlung einer Mindestzahl von Ortsgesprächen für jeden Hauptanschluß nicht mehr verlangt, der einmalige Apparaturbeitrag für neue Haupt- und Nebenanschlüsse herabgesetzt wird und die Zahlung eines Zuschusses bei gemeindlichen öffentlichen Sprechstellen künftig wegfällt. Verschiedene Änderungen der Postordnung fanden keine Billigung. Danach soll händigen Abholern für jedes abgeholt Paket eine Vergütung von 10 Pfennig gezahlt und den Empfängern von Nachnahmepaketen vor der Einschließung die Einschließung gestattet werden. Die Wertgrenze für unversteuerte Wertpakete wird von 100 auf 300 Mark herauf- und die Bezahlungsgebühr von 25 auf 10 Pfennig herabgesetzt. Ferner erklärte sich der Arbeitsausschuß mit dem Nachtrag zum Voranschlag der Deutschen Reichspost für 1928 einverstanden, der die geldliche Auswirkung dieser Maßnahmen und außerdem den Betrag für die am 1. April eingetretene Erhöhung der Tariflöhne für Angestellte und Arbeiter sowie eine Verstärkung der Mittel für technische Einrichtungen enthält.



Erst kommt das Fressen

(Aus der „Drei-Groschen-Oper“.)

Ihr Herren, die ihr uns lehrt, wie man brav leben
Und Sünd' und Mißtat vermeiden kann,
Zuerst müßt ihr uns was zum Fressen geben,

Ballade von der Gerechtigkeit

Der hier schon mehr als einmal gedieherte fromme Wunsch, daß
Leipzigs einzige private Schauspielbühne nicht ganz im banalsten
Unterhaltungsbedürfnis ihrer Gemeinde versinken möge,

Der Regisseur Wichweg hatte auch für sich selbst mit dem lumpen-
proletarischen Mittelstüdt des schon vor dem Kriege aufgetauchten
tschechischen Dichters Franz Josef Langer für seinen naturalisti-

Seinem Ensemble, das seit Jahren an dem Verlust der
Carstairs krank, hat Wichweg wenigstens in Georg August Koch
den stärksten Schauspieler, den er im vorigen Winter zu verlieren

Soldat Suhren

Roman von Georg von der Brinck

Er reißt sich die Hände, um herauszubekommen, was er sagen
soll. Er will in dieser Lage leidenschaftlich nur eins: trösten! Das
Strafexerzieren nach der Predigt hat ihn empört, und er hat dem
Leutnant gegenüber mit seiner Meinung nicht hinterm Berge ge-

Bei dem Wort „Ballenträgen“ glänzt Kurtjedams Gesicht in
unbegreifbarer Heiterkeit auf, und er schaut Pfeiffer an. Dieser
lächelt zurück, erst etwas beschämt wie ein Ertrapper, dann, als er
Kurtjedams Unbefangenheit sieht, hemmungslos und mit nassen

„Das eben nicht, Herr Pastor. Wir hatten ziemlich leichte
Palken.“
„Gatten Stangen,“ nickt Pfeiffer eifrig, immer noch mit strahl-
endem Gesicht. „Bohnenstangen, von den blauen.“

hineinziehenden Theaters muß die Regie ihr unbedingt zu er-
halten bestrebt sein. Ihr Liebhaber, der Verbrecher und Gewalt-
täter wider Willen, den das Bild seiner Tat verfolgt, bis der ge-
rechte Richter ihn lospricht, die männliche tragende Rolle, war ein
erschreckliches Zeugnis dafür, daß Herr Schaffganz, den eine gewisse

Aber er hat sich im Gewande der Dichtung zur ökonomischen und
darum auch zur ethischen Revolution bekant. Die „P e r i p h e r i e“
ist die Vorstadt, in die der tolle Bürger eigentlich nicht kommt, und
ist im übertragenen Sinne jener äußerste Lebenskreis, in dem sich
die Außenseiter der selben Gesellschaft bewegen.

Den Bühnenerfolg des Stückes scheint bei den Zustimmenden
und bei den Befremdeten neben einem naturalistisch guten, oft auch
allzuendlichen Dialog die naive Spannung, von der auch weit primi-
tivere Kriminalstücke leben, gesichert zu haben: Wird man ihn

Filmchau

Der Hauptdarsteller in dem Film Der Jazzsänger ist
Americas höchstbezahlter Kabarettist. Man wollte also seine Popu-
larität ausnützen, und das mühte skeptisch gegen seinen Film

Mißgestimmt steht man von Heimkehr auf. Nicht losch,
weil man Leonhard Franks zugrundeliegende Novelle „Karl und
Anna“ gewaltig vergrößert hat, jene Geschichte von dem heim-
kehrenden Krieger, dem ein früher zurückgekommener Weibens-

Kurtjedam bestätigt es erschüttert und klagt:
„Fast weniger als nichts haben wir gemacht — es wurde näm-
lich viel geschossen.“

„Wo, ja,“ sagt er, „ein harter Gegner.“
„Und einer hat ein Ohr abgehoben bekommen!“ erzählt Max.
Und es war kaum noch dran!“ Er ist redselig geworden, findet

„Das Ohr wird wieder anheften, und Sie werden Ihren
Kameraden wiederhaben. Der Krieg braucht jeden.“ Er sieht nach
der Uhr und teilt beiden mit: „Ich werde versuchen, Ihren Herrn
Kompanieführer zu überzeugen, daß es besser ist, Sie leßt los-

„Schon gut“, antwortet der Pastor unwillig. Als er aber
Pfeiffers Augenwinkern bemerkt, das auf das tschechische Holzgeschicht
des Unteroffiziers hinführt, läßt er sich, daß er hier nicht am
Platz ist. Er verabschiedet sich kurz und entfernt sich ebenso schnell,

Eifersucht

Ich reinige mein Gewehr und denke an meine Briefe.
Eine ganze Woche lang war die Post ausgeblieben, und ich
hatte schon angefangen, ungeduldig zu werden. Der heutige Tag
aber hat mir vier Briefe gebracht, drei von Lisa, einen von der
Mutter. Lisas Briefe sind alle in derselben Woche geschrieben, der

Chauffeurleiste

Von Erich Grisar.

Man sollte es doch nicht für möglich halten, was diese Zeit-
ungsleute manchmal für einen Kohl in die Welt sehen, sagte
Chauffeur Kühnwasser und warf die Zeitung auf den Tisch. Da hat
doch so ein Kerl einen ganzen Artikel zusammengeschnürt über die
Maschine und ihre Seele. Grad so als ob ein Auto ein Pferd wäre

Ich war mit dem Wagen nach Köln gewesen und todmüde kam
ich in der Nacht zurück. Dabei stockfinster und Nebel so dick, daß du
ihn schneiden konntest. Ich meinte, ich wär nicht vorwärts und
nicht rückwärts gekommen. Schließlich war ichs leid und ließ die
Karre laufen wohin sie wollte.

Ich habe auch mal so einen Wagen ge-
fahren. Es war nach meiner Hochzeit. Ich fuhr allein zurück. Auf
einmal kommt es mir vor, als ob der Wagen hoch. Mal lag er
rechts auf der Straße, mal links und was ich auch machte, um

Das ist unangenehm, sagte Kühnwasser, aber immer noch nicht so
schlimm, als wenn man mit seinem Wagen plötzlich auf der Land-
straße liegt. Kein Tropfen Benzin mehr im Tank und zehn Kilo-
meter von der nächsten Dampfpumpe weg. So ist es mir mal

Du hast es doch nicht wie der Bauer gemacht?
Genau so.
Mit Hen?
Natürlich. Seit man frist ein Auto Hen. Natürlich mit Benzin.
Aber du sagst doch, du hättest keinen Benzin mehr gehabt.

Dies ist das Haus, wo meine Mutter wohnt, und wo ich ein Kind
gemein bin. Hinterm Hause steht der Birnbaum mit seinen
blanken Blättern, der einzige, den wir haben, alt, doch jedes Jahr
noch voll von Früchten. Hinterm Hofplatz liegt die Werkstatt, über

Rund ich aber an ihre beiden Augen denke — mügen sie blau
oder grau sein? — mit den schwarzen Wimpern und den schwarzen
Brauen — an die Nase, von der ich nicht mehr weiß, wie sie aus-
sieht — an den Mund, der so schön sagen kann: — indem ich mir

„Ich sehe sie in unserem Sofa sitzen, eine Tasse mit Kriegs-
kaffee vor sich. Sie trägt vielleicht ihr schwarzes Kleid mit den
schwarzen Ärmelbündeln, die vom Hals hinunterlaufen bis auf den

„Ich habe nichts mit ihr, Suhren. Das ist alles.“
„Nichts?“
„So gut wie nichts.“ Und nach einer Weile fügt er hinzu:
„Es ist nichts gesprochen und nichts gesagt.“